

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Brigitte Dressel, DKP-Gruppe Berlin Nordost:

Zurück aus Belgrad

„Bleiben Sie gesund...“, sagt unser Begleiter, der aus Deutschland abberufene jugoslawische Botschafter, als wir in Belgrad in die Busse steigen. Wir - das sind 132 Teilnehmer des Friedenskonvois, bunt gemischt aus vielen Organisationen, aber mit dem gemeinsamen Ziel, an Ort und Stelle gegen den NATO-Krieg zu protestieren.

Wir sind die erste größere Delegation aus einem NATO-Staat.

Die Fahrt beginnt am Abend des 22. April in Dresden. Noch ist nicht klar, ob wir Einreisevisa für Jugoslawien bekommen. Erst an der Grenze soll sich das entscheiden. Aber wir wollen unbedingt nach Belgrad. Über Prag geht es zunächst nach Budapest. Fünf Stunden stehen wir vor der jugoslawischen Botschaft. Drinnen wird verhandelt, telefoniert,

abgewartet. Dann die Entscheidung: Wir bekommen die Stempel. Noch eine kurze Ansprache des jugoslawischen Botschafters, organisatorische Dinge, dann endlich - gegen 20.00 Uhr - fahren wir los. Wir werden die Grenze des bombardierten Landes in tiefer Finsternis erreichen.

Alle sind sehr angespannt. Kurz vor Mitternacht kommen wir an. Der Übergang ist nur schwach beleuchtet, gespenstisch. Unsere Fahrzeuge bleiben zurück, auf der anderen Seite stehen dortige Busse für uns bereit. Wir werden von einer Vertreterin Jugoslawiens begrüßt. Am Horizont blitzt es grell. Einige Teilnehmer entschließen sich, die Reise abzubrechen. Ich habe Angst, ich bin kein Held.

Wir werden nur bis Sobotica gebracht,

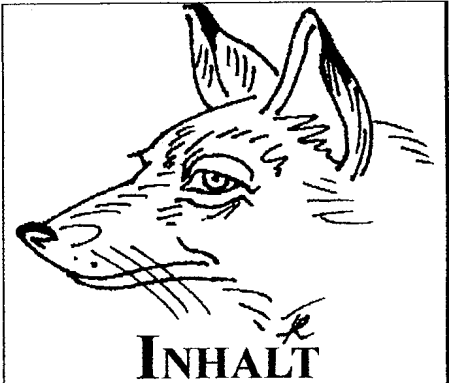
15 km von der Grenze entfernt, weil es um diese Stunde zu gefährlich ist, nach Belgrad weiterzufahren. Man quartiert uns in einem Hotel ein, auf jugoslawische Rechnung. Inzwischen ist es 1.00 Uhr nachts. Die Hotelangestellten haben für uns ein warmes Essen zubereitet.

So, wie sie es können, unter diesen Bedingungen. Gegen 3.00 Uhr hören wir die Bomber über uns, um 6.00 Uhr gibt es Alarm.

Ein kurzes Frühstück, dann Weiterfahrt nach Belgrad. Am Rande von Sobotica Einfamilienhäuser. Wir halten an. Ein Haus ist total zerstört, andere sind erheblich beschädigt. Frauen stehen vor den Häusern, weinen. Weit und breit kein militärisches Objekt. Vor der Zentrale des jugoslawischen Ro-

ten Kreuzes in Belgrad werden wir von einem Journalistenpulk erwartet. Erste Pressekonferenz, auch mit unangenehmen Fragen.

Am Tor stehen zwei serbische Frauen. „Nemez?“ wollen sie von mir wissen. Mit Gesten suche ich ihnen zu erklären, was ich nicht erklären muß. Ich trage am Pullover eine Friedenstaube. Die beiden umarmen mich, sagen „Gut Frau“, warten und winken, bis die Busse wieder abfahren. Zum Medienzentrum. Das ist die Nacht zuvor bombardiert worden. Die Außenfassaden stehen noch. Wir beteiligen uns an einem Schweigemarsch. Kurz vor dem Gebäude - STOP. Der jugoslawische Botschafter erklärt uns, unter den Trümmern gebe es noch Opfer. Man will sprengen. Wir können nicht weiter. Plötzlich Beifall der vielen



INHALT

Zurück aus Belgrad	S. 1
Der Friede ist tot	S. 2
von Heinz Kamnitzer	
Aggression ist ein Verbrechen	S. 3
Ein übles Spiel	S. 4
* Nato-Raketen auf Chinas Botschaft	
Hauptursache: Untergang der UdSSR	S. 5
* Russische Stimmen zum NATO-Krieg	
Washingtons globales Kalkül	S. 6
Hamburg in diesen Kriegstagen	S. 7
Wir sind wieder wer!	S. 8
Europa, wir kommen	S. 9
Mutiger Strafverteidiger	S. 10
Ein Sonntagsgespräch mit Dr. Manfred Sohn	S. 11
Janusköpfe sagen Jein	S. 12
Die Lektion eines Kapitalisten	S. 13
Die Klasse braucht die Kommunisten	S. 14
Engels zu revolutionärer Parlamentstaktik	S. 15
Wie war das mit dem 17. Juni 1953 ?	S. 16
Der fehlende Satz	S. 16
Ein Unikat:	
Konfliktkommissionen	S. 17
Zweierlei Maß	S. 18
* Prozeß gegen den Mörder R. Huhns	
Ladung zum Strafantritt	S. 18
Am Rande bemerkt	S. 18
* Kunst, Kultur und Politik S. 18	
Griechenlands KKE steht zu Jugoslawien	S. 19
Reporterskizzen (13)	S. 20
* Ein Kilo Würfelzucker	
Leserbriefe	S. 21
Anzeigen & Infos	S. 24

Serben am Straßenrand. Sie haben unsere Botschaft verstanden. Als wir die Internationale anstimmen, singen Hunderte mit. Es gibt Tränen, auf beiden Seiten. Eine Frau umarmt mich und gibt mir ihr Zielscheiben-Abzeichen. Das tragen die Menschen in Belgrad, wenn sie nachts ihre Brücken beschützen, um sie vor der Bombardierung zu bewahren. „Ihr seid gute Deutsche“, beteuert die Frau. Auf dem Weg zum Bus komme ich mit einem jungen Paar ins Gespräch. Sie ist in Deutschland geboren, hat nach Jugoslawien geheiratet. Sie wollen viel wissen, erzählen mir, daß sich unter den Opfern im Medienzentrum auch ein dreijähriges Mädchen befindet. Ich will ihnen noch so manches sagen, aber mein Bus fährt ab. Die Menschen entlang der Fahrtstrecke winken, weinen, zeigen uns drei erhobene Finger. Sieg heißt das. Wir fahren zurück zum Roten Kreuz, diesmal an unzähligen zerstörten Zivilbauten vorbei. Die Busfahrer wählen absichtlich diese Route. Am ausgebrannten Regiegebäude ein kurzer Halt. Hunderte Meter im Umkreis Trümmer, Glas, Reste von Bürotechnik, Papier. Um 18.00 Uhr soll ein Bus aus Belgrad abfahren, um einen Teil unseres Konvois zurückzubringen. Die anderen wollen die Nacht gemeinsam mit den Jugoslawen auf einer Brücke stehen. Aber es kommt anders. Die NATO hat eine abermalige Verstärkung ihrer Angriffe beschlossen. Man fürchtet um unsere Sicherheit und bittet uns eindringlich, das Land zu verlassen. Die Busfahrer haben den Auftrag, uns bis 20.00 Uhr an die Grenze zu bringen. Dann beginnen erfahrungsgemäß die Bombardements. Sie schaffen es, wir sind in Sicherheit. Sie nicht. In dieser Nacht wird das Medienzentrum in Belgrad ein zweites Mal angegriffen. Die Worte des Botschafters klingen mir im Ohr: „Bleiben Sie gesund und kommen Sie gut nach Hause“.

Der „Friedenskonvoi“ war der Anfang, jetzt folgt die praktische Hilfe. Wir organisieren Hilfslieferungen mit Medikamenten und Gebrauchsgütern, die Jugoslawien dringend benötigt. Wir bitten um Spenden zur Linderung der Kriegsfolgen.

**Aktionsbündnis
Frieden Jetzt - Chemnitz**
Kto.: 4552060207 BLZ
87050000 Sparkasse Chemnitz

Der Friede ist tot

HEINZ KAMNITZER

**Der Krieg
Rückt näher
Ich weiß
Bescheid
Bin einst
Dabei
Gewesen**

**Vom
Himmel hoch
Da kommt
Der Tod
Und
Zeigt euch
Seine Spesen**

**Auf Erden
Liegen
Die
Leichen
Der Kinder**

**Die
Leiber
Der Frauen
Die Eingeweide
Der Männer**

**Mütter
Und Väter
Suchen
Söhne
Und Töchter
Unter
Den Trümmern**

**Und wieder
Fällt euch
Nur ein
Ihr begehrt
Nicht Schuld
Daran
Zu sein**

...daß nie eine Mutter mehr
ihren Sohn beweint...

**STOPPT DIE NATO-AGGRESSION
GEGEN JUGOSLAWIEN!**

**DEN KRIEGSPARTEIEN SPD, CDU,
FDP UND GRÜNEN KEINE STIMME
ZU DEN EUROPA- UND
KOMMUNALWAHLEN!**

**VERHINDERN WIR EINEN DRITTEN
WELTKRIEG!**



Deutsche Kommunistische Partei

Flugblatt der DKP Mecklenburg-Vorpommern

Strafrechtler Prof. Dr. Erich Buchholz:

Aggression ist ein Verbrechen

Gemessen an der durch UN-Resolution Nr. 130 am 14. 12. 1974 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Definition der **Aggression** handelt es sich bei den wochenlangen Bombardements jugoslawischen Staatsgebiets durch NATO-Streitkräfte zweifellos um eine Aggression. Nach Art. 1 der vorgenannten Resolution ist Aggression „die bewaffnete Gewalt, die ein Staat gegen die Souveränität, territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates anwendet...“ Im Art. 3 der Resolution werden als Aggressionshandlungen im einzelnen u. a. angeführt: „Bombardierungen“ (übrigens auch Blockade). Das Vorgehen der NATO gegen Jugoslawien, dem kein UN-Mandat zugrunde liegt, ist daher ohne Zweifel **völkerrechtswidrig**.

Es stellt darüberhinaus auch ein **Verbrechen im strafrechtlichen Sinne** dar. Dies ergibt sich schon aus dem Briand-Kellogg-Pakt vom 27. 8. 1928. Im Art. 1 dieses Paktes vereinbarten die vertragschließenden Parteien, darunter das Deutsche Reich, von dem dieser damals ratifiziert wurde, ein allgemeines Kriegsverbot; sie verständigten sich darüber, „Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle (zu) verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen (zu) verzichten“.

Auf der Grundlage dieses Paktes haben das Londoner Statut des Internationalen Militärtribunals (IMT) und dann das Urteil im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß die Aggression auch als strafbares Verbrechen qualifiziert. In Übereinstimmung damit enthielt das Gesetz Nr. 10 des Alliierten Kontrollrats für Deutschland eine gleichlautende Definition des Verbrechens der Aggression, wie sich diese dann auch in den von der UN-Vollversammlung am 11. 12. 1946 mit der Resolution Nr. 75 (I) angenommenen „Nürnberger Prinzipien“ findet. Danach ist „die Planung, Vorbereitung, Anstiftung oder Führung eines Aggressionskrieges“ ein **Verbrechen nach dem Völkerrecht**.

Gleichwohl ist an sich unbestritten, daß es sich bei der Aggression nicht nur um eine Verletzung des Völkerrechts handelt, sondern zugleich um eine - zumindest nach Völkerrecht - strafbare Handlung, wie sie in Nürnberg abgeurteilt wurde. Es besteht Veranlassung daran zu erinnern, daß der USA-Hauptankläger Justice Jackson in seiner Eröffnungsrede vor dem Nürnberger Tribunal die mahnenden Worte aussprach, „daß nach dem gleichen Maß, mit dem wir die Angeklagten heute messen,

auch wir morgen von der Geschichte gemessen werden.“

In der DDR wurde nicht nur in ihren beiden Verfassungen von 1949 und 1968 jeglicher Aggression eine unmißverständliche Absage erteilt (Art. 3, 5 und 6 der ersten und Art. 6 und 8 der späteren Verfassung). Es wurde auch mit der innerstaatlichen Regelung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für Verbrechen gegen den Frieden, für Aggression und andere Kriegsverbrechen ernst gemacht. Neben der Anwendung des Art. 6 der Verfassung der DDR von 1949 und der Alliierten-Gesetze (KG Nr. 10 und KR D 38) ist das am 15. 12. 1950 erlassene Gesetz zum Schutz des Friedens besonders hervorzuheben. In seinem § 2 wird u. a. die Propagierung von Aggressionshandlungen, insbesondere eines Angriffskrieges, unter Strafe gestellt. Im Strafgesetzbuch der DDR von 1968 wurde in den §§ 85 und 86 die Planung und Durchführung von Aggressionskriegen sowie die Vorbereitung und Durchführung von Aggressionsakten als schweres Verbrechen geregelt. (Nach diesen Vorschriften könnten maßgebliche Funktionsträger der Regierung Schröder sowie Militärs der Bundeswehr strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.)

Die Rechtslage in der Bundesrepublik ist jedoch anders. Hier hatte man keine Eile, nach dem verbrecherischen Hitlerkrieg, dem Nürnberger Prozeß und der Bildung des westdeutschen Staates Aggressionsakte, Verbrechen gegen den Frieden unter Strafe zu stellen, **obzwar**

Art. 26 GG dem bundesdeutschen Gesetzgeber einen derartigen Auftrag erteilte. Die im Jahre 1949 geschaffene Norm des Grundgesetzes folgt in Übereinstimmung mit der UN-Charta durchaus dem völkerrechtlichen Gebot des Friedens und des Ausschlusses von Androhung und Anwendung bewaffneter Gewalt. Dieser Art. 26 war als Programmsatz und Rechtsnorm geschaffen, die auf die **Verhinderung militärischer Gewaltanwendung jeder Art zwischen den Völkern** abzielt. Erst fast 20 Jahre später wurden im Jahre 1968 in den eingeschobenen §§ 80 und 80a des bundesdeutschen Strafgesetzbuches mehr als zurückhaltende Strafvor-

schriften erlassen. Während Art. 26 GG generell **friedensstörende Handlungen** und demgemäß insbesondere die Vorbereitung der Führung eines Angriffskrieges - als verfassungswidrig verbietet und unter Strafe gestellt wissen möchte, engt die daraufhin erlassene Strafbestimmung des § 80 StGB die Strafbarkeit von vornherein auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges ein. Die gemäß diesem Art. 26 GG geschaffenen Strafbestimmungen der §§ 80 und 80a StGB, die bemerkenswerterweise unter der Überschrift „Friedensverrat“ stehen, beschränken also die Strafbarkeit friedensstörender Handlungen auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges, und zwar nur eines solchen, an dem die Bundesrepublik beteiligt sein soll, wenn dadurch für sie die Gefahr eines Krieges herbeigeführt wird.

Der Gesetzgebungsauftrag des Art. 26 GG ist somit - wie auch Prof. Dr. Bernd-Rüdiger Sonnen im Alternativkommentar zum (bundesdeutschen) Strafgesetzbuch schon 1968 erkannte - bis heute nur „völlig unvollständig eingelöst“. Sonnen führt unter Bezugnahme auf dazu gelaufene Debatten an, daß der Gesetzestext so abgefaßt wurde, damit z. B. nicht der Präsident der USA wegen des Vietnamkrieges vor einem deutschen Gericht wegen Friedensverrats angeklagt werden könnte. Sonnen hält diese Bestimmung zutreffend für ein „symbolisches Gesetz“; denn die praktische An-

Fortsetzung auf S. 4



Grafik: SHAHAR

Fortsetzung von S. 3

wendung der §§ 80 und 80a StGB dürfte in der Bundesrepublik zu Null tendieren.

Es verwundert nicht, daß die üblichen Kommentierungen dieser Strafbestimmungen ihre Anwendbarkeit weiter einschränken; u.a. wird per Rückgriff auf Art. 26 GG, abweichend vom Wortlaut des § 80, eine besondere Absicht für erforderlich gehalten; u.a. wird „klargestellt“, daß nach § 80 StGB der Angriffskrieg als solcher nicht strafbar und daß auch zweifelhaft sei, ob die Auslösung des Krieges unter diese Strafbestimmung falle!! Offenbar ist dies alles so zu verstehen, daß eine (der an sich strafbaren Vorbereitung des Angriffskrieges) nachfolgende tatsächliche Auslösung und Führung eines Angriffskrieges - wegen „Überholung“ durch das Geschehen - nicht mehr der Strafbarkeit nach § 80 StGB unterliegen soll. Daß dann also eine Strafverfolgung gegenstandslos geworden sei. Angesichts eines solchen Herangehens an die strafrechtliche Beurteilung der nach Art. 26 GG verbotenen Friedensstörung und eines Angriffskrieges im besonderen verwundert auch die sehr enge Fassung des § 80a StGB nicht mehr, nach der lediglich das öffentliche „Aufstacheln“ zum Angriffskrieg unter Strafe gestellt ist.

In diesem Lande, dessen Regierung sich ihrer NATO-Treue rühmt, ist somit nicht nur der Frieden - zumindest offiziell - kaum thematisiert, er wird auch strafrechtlich nicht ernstlich geschützt.

Was derzeit in Jugoslawien an militärischen Attacken der NATO unter Beteiligung bundesdeutscher Truppen stattfindet, verdient noch unter weiteren Gesichtspunkten einer strafrechtlichen Betrachtung. Wenn NATO-seitig offiziell erklärt wird, bei der Bombardierung sei es „zwangsläufig“, daß durchaus, besonders bei technischen Fehlern, auch zivile Ziele getroffen werden könnten, und ein „klinisch reiner Krieg“ nicht führbar sei, dann ist offensichtlich, daß die Verantwortlichen solche Folgen billigend in Kauf nehmen, also (im strafrechtlichen Sinne) - bedingt - vorsätzlich handeln.

Wie Ex-Admiral Schmähling in seiner erneuten Strafanzeige deutlich gemacht hat (ND vom 27.4.1999), ist der ganze Katalog einschlägiger Strafbestimmungen des bundesdeutschen StGB anzuführen: Totschlag, Körperverletzungen, Brandstiftungen usw., für die es keinerlei **Rechtfertigungs- oder Schuld ausschließungsgründe** gibt, sodaß die Strafbarkeit solcher Handlungen nach der sonst gängigen bundesdeutschen Strafrechtsprechung völlig unzweifelhaft ist.

Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung: Erstmals nach dem Ende des verbrecherischen Hitlerkrieges haben wir in Deutschland wieder eine Regierung, die sich ganz offensichtlich strafbare Handlungen vorwerfen lassen muß. □

Warum Raketen auf Chinas Botschaft abgefeuert wurden

Ein übles Spiel

„Eine Anomalie“ nannte der amerikanische Kriegsminister Cohen die Zerstörung der chinesischen Botschaft in Belgrad. „War nicht so gemeint. Dumm gelaufen. Tut uns leid“, war denn auch die erste Reaktion der transatlantischen Kriegsallianz gegenüber China. Und die eigene Bevölkerung beruhigen die Kriegsverbrecher in der politischen NATO-Führung mit der Feststellung, daß ihre Bomben doch sonst sehr zielgenau treffen und nur die bösen, entmenslichten Jugoslawen töten. Leider als kleinen „kollateralen Schaden“ bisher auch 1 200 Zivilisten. Aber wo gehobelt wird, da fallen eben auch Späne, ist die einhellige Meinung der Bonner Menschenrechtskrieger, die ihre eigene zweifelhafte Moral über das internationale und das bundesdeutsche Recht stellen. Und die ach so freie, demokratische Presse beschreibt die „Friedensarbeit der NATO“ alltäglich mit neuer Bewunderung.

Trotzdem rissen die Bombardierung der Botschaft der Volksrepublik China und deren diplomatische Auswirkungen die selbstgerechten Herrschaften in Bonn und Brüssel aus ihrem gewohnten Bombentrott. Ein Schuldiger mußte her. Nach anfänglichen Nebelwerferaktionen wurde der Fehler von der USA-Regierung auf die Geheimdienste abgeschoben, namentlich auf die CIA. Diese war in der Vergangenheit schon an so vielen haarsträubenden Fiaskos beteiligt gewesen, daß es auf eins mehr oder weniger nicht mehr ankam, zumal die falsche Fahrte dadurch auch noch an Glaubwürdigkeit gewann.

Die meisten merken ohnehin nicht, wie diese ganze Angelegenheit allein den Zielen eines einzigen Staates in der NATO-Angriffsallianz wirklich diene, nämlich den USA, die fest entschlossen sind, dem Krieg nur ihre eigene Prägung zu verleihen.

„Du sollst keine fremden Götter neben mir haben!“, heißt das erste Gebot in der Bibel. Und dies gilt analog für die USA, die im Rahmen der Neuen Weltordnung und des neuen Strategischen Konzepts der NATO die Zehn Gebote für die fünf Kontinente auf ihre Art umformulieren.

Gebot eins: Die USA bestimmen, wo es in der NATO langgeht.

Gebot zwei: Die NATO darf sich keiner anderen Weltorganisation unterordnen oder diese als gleichberechtigt neben sich anerkennen!

Gebot drei: Als führende Macht in der NATO bleiben die USA der bestimmende politische und militärische Faktor in Europa (Ost und West).

Allein die ersten drei Gebote der Neuen Weltordnung von Amerikas Gnaden machen deutlich, daß in diesem Machtkalkül kein Platz für eine eigenständige europäische oder gar russische Rolle bei einer eventuellen politischen Lösung des Balkan-Krieges ist. Nach Moskauer Auffassung - und in diesem Sinne sondierten die Russen überall bei ihren Vermittlungsbemühungen zwischen Belgrad und den G-7-Staaten - wäre eine der Voraussetzungen für eine friedliche Beilegung des Konflikts ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates zur allein mit dem Jugoslawiens möglichen Stationierung einer

leichtbewaffneten Truppe im Kosovo gewesen. Sie sollte hauptsächlich aus russischen und osteuropäischen Einheiten bestehen. Ein solcher Schritt hätte Moskau aus Sicht der USA jedoch international zu sehr aufgewertet.

Durch die Bombardierung der chinesischen Botschaft wird es Peking nun sehr schwer gemacht, im UNO-Sicherheitsrat bei einer diplomatischen Lösung eine konstruktive Rolle zu spielen. Mit anderen Worten: Eine Position einzunehmen, die USA und NATO nicht von vornherein als Angreifer und Völkerrechtsbrüchige verurteilt. Entsprechend bliebe ohne UNO-Mandat auch Moskau auf der internationalen Bühne draußen und erst recht gäbe es keine deutsch-europäisch-russische Lösung. Amerika könnte weiterbomben, bis - so Washingtons Überzeugung - irgendwann die Serben doch das Handtuch werfen müßten. Als Resultat würden sich die USA als alleiniger strahlender Sieger (mit Warnwirkung für andere Staaten) gemeinsam mit den von ihnen geführten NATO-Vasallen an die Neuordnung Osteuropas und der Welt machen.

Ist diese These nur eine aus „linken“ Fingern gesogene Spekulation? Keineswegs.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer, Wehrexperte und z.Z. stellvertretender Präsident der OSZE-Versammlung, hat sich ebenfalls gefragt, wem die Zerstörung der chinesischen Botschaft Nutzen gebracht habe. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk zeigte er geradewegs auf die USA. „Es spricht eine Menge dafür, daß das, was in Belgrad geschah, auf die Rolle Chinas im Weltsicherheitsrat gezielt war. Und deshalb muß uns das mit großer Sorge erfüllen.“ Denn dann müsse „man sich natürlich fragen, ob man China auf Dauer in einer konstruktiven Rolle im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gar nicht schon will ... Zielrichtung dieses Angriffs war es nämlich, China von einer konstruktiven Rolle abzuhalten.“

Und die CIA, die zusammen mit den anderen USA-Nachrichtendiensten ein Jahresbudget von 30 Milliarden US-Dollar verzehrt, soll in diesem üblen Spiel der „irrtümlichen“ Bombardierung der chinesischen Botschaft den Sündenbock liefern. Die gewöhnlich gut informierte „Washington Post“ bezweifelt die offizielle Version und beruft sich dabei auf Erklärungen hochrangiger Regierungsbeamter, die eng mit der CIA zusammenarbeiten. Sie können nicht glauben, daß die Zielkoordinaten für das angeblich anvisierte Versorgungsdepot der jugoslawischen Armee, das einige hundert Meter von der Botschaft entfernt liegt, nicht von Agenten vor Ort genauestens überprüft worden sind. Alte Karten hin oder her. Schließlich sei in jedem Stadtplan des Touristenbüros die chinesische Botschaft korrekt eingezeichnet. Außerdem hätten etliche den Geheimdiensten zugerechnete USA-Diplomaten regelmäßig an Empfängen in der chinesischen Botschaft teilgenommen, unter ihnen der Militärattaché, zu dessen Aufgaben es gehört, die DIA - den Geheimdienst der USA-Streitkräfte - ständig mit aktuellem Kartenmaterial zu versorgen.

Rainer Rupp

Aus Texten russischer Kommunisten zur NATO-Aggression

Hauptursache: Untergang der UdSSR

„Die Aggressionshandlungen der Washingtoner Administration und der NATO-Strategen in bezug auf Jugoslawien sind klar. Es ist vielleicht das einzige Land in Europa geblieben, das nicht wünscht, sich den überseeischen 'Onkelchen' unterzuordnen und in die NATO einzutreten. Es steckt jetzt jenen westlichen Strategen, die bestrebt sind, Rußland ein einheitliches Europa unter amerikanischem Diktat entgegenzustellen, wie eine Gräte im Hals“.

Prawda vom 25.3.1999

Zum ersten Mal nach dem 2. Weltkrieg ist in Europa ein bewaffneter Konflikt ausgebrochen, der droht, in einen vollmaßstäblichen Krieg auf unserem Kontinent hinüberzuwachsen. Dies ist eine direkte Folge der kurzsichtigen, aber möglicherweise auch verbrecherischen Politik Gorbatschows-Schewardnads, später der Mannschaft Jelzins, die in sinnlos kurzer Frist unsere Truppen aus einer Reihe von europäischen Ländern und in erster Linie aus Deutschland herausführten.

Die jetzigen Ereignisse um Jugoslawien beweisen noch einmal überzeugend, daß gerade die Sowjetunion und der Warschauer Vertrag Garanten einer territorial-politischen Ordnung im Nachkriegseuropa waren. Sie standen auf der Wacht des Friedens und der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent“.

Prawda vom 26.3.1999

„Wenn irgendwer denkt, daß wir es mit einem einfachen Konflikt zu tun haben, so irrt er sich zutiefst. Es entsteht ein zweites Vietnam, nur jetzt nicht so weit von uns entfernt, sondern innerhalb Europas. ... Die Perspektive ist alarmierend, und deshalb müssen wir die Kampfbereitschaft der Streitkräfte Rußlands erhöhen“.

Marschall der RF Igor Sergejew, Minister für Verteidigung (ebenda)

„Gestern ist der ehemalige Außenminister Kosyrew, heute Mitarbeiter einer amerikanischen Firma, aufgetreten und hat nachgewiesen, wie gut diese Bombenschläge seien und wie ausgezeichnet wir gehandelt hätten, als wir einen Verbündeten nach dem anderen verrieten

Die Hauptursache des Krieges auf dem Balkan ... steckt hier, in Moskau, im Kreml, bei uns im Lande. Vor zehn Jahren ist die große Bruderschaft von Völkern, sind der große Staat und das geopolitische Gleichgewicht verraten worden, für das unsere Väter und Großväter mit 27 Millionen Leben gezahlt haben. Dieser Verrat bringt heute allen Völkern des Planeten Unheil“.

G.A. Sjuganow am 26. März 1999 in der Duma

Wie Staub ist der Mythos von den superpräzisen Waffen der Amerikaner, die nur militärische Ziele vernichten, zerronnen. Von was für einer superpräzisen Waffe kann die amerikanische Propaganda sprechen, wenn eine der NATO-Raketen, die für Jugoslawien bestimmt war, auf bulgarisches Territorium gefallen ist?“

Prawda, 30.3.1999

Alexander Lukaschenko, der Präsident Bjelorußlands, hat in einem Telefongespräch mit Jugoslawiens Präsident Slobodan Milosevic versichert, sein Land werde dem jugoslawischen Volk, das Opfer aggressiver Handlungen geworden ist, jede notwendige Hilfe erweisen“

(ebenda)

„Heute führen Flugzeuge und Fieger Deutschlands Raketen-Bombenschläge gegen Jugoslawien. Ähnlich haben die Fieger Hitlers dieses Land 1941 bombardiert, als sein Volk nicht auf die Knie sank und den Partisanenkrieg entfaltete.

Herr Schröder beschuldigt den Präsidenten Milosevic, der seinem Volk grenzenlos ergeben ist und die Unabhängigkeit seines souveränen Staates verteidigt, der Halsstarrigkeit. Herr Schröder, Sie verwirklichen den Traum Hitlers, dieses Volk zu unterwerfen. Alle Teilnehmer an diesem Vandalismus werden von den Völkern des Planeten als Brandstifter eines dritten Weltkrieges verflucht sein. Was sind Sie eigentlich, Herr Schröder, Sozialdemokrat oder Sozialrevanchist?“

Leserbrief von N.F. Loginow (ebenda)

Jetzt muß schon allen absolut klar sein: Die Aufgaben der NATO-Strategen haben nichts mit der Verteidigung der albanischen Bevölkerung des Kosovo zu tun. Ihr Ziel ist es, vom Antlitz der Erde all jene zu tilgen, welche der Errichtung der „Neuen Weltordnung“ Widerstand leisten, sich der amerikanischen Diktatur in Europa entgegenstellen. ... Dem Krieg muß unverzüglich mit allen Mitteln Einhalt geboten werden, sonst wird er sich auf die Nachbarregionen ausbreiten, wird er zum Zünder noch schrecklicherer Erschütterungen in Europa und in der ganzen Welt werden.

Erklärung von G.A. Sjuganow „Prawda Rossiji“ vom 7.4.1999

Heute bleiben politische Hauptverteidiger der nationalen Interessen Rußlands nur noch die linken Kräfte.“

(ebenda)

Wir sind Pragmatiker. Deshalb sind wir bereit, die Idee als realistisch zu betrachten, Bündnisbeziehungen zwischen solchen Mächten wie Rußland, Indien und China zu organisieren - eine Idee, die von uns schon lange vertreten wurde und die kürzlich J.M. Primakow offiziell geäußert hat.

G.A. Sjuganow „Prawda Rossiji“ vom 14.4.1999

(Übersetzung: Eberhard Bock)

Hoch die Internationale Solidarität!

Hilfe für Kinder von Kragujevac

„Jugoslawien weint! Bomben - und wieder auch deutsche - fallen auf ein tapferes Volk. Tod, Elend und Zerstörung sind jetzt ständige Begleiter der Jugoslawen

Angeblich kämpft die 'freie westliche Welt' völlig selbstlos für die Durchsetzung der Humanität. Wie sieht diese aber aus? Sie hat die Gestalt von Bomben. Die 'Humanität' des NATO-Imperialismus ist nichts weiter als ein Mittel zur Durchsetzung ihrer Wirtschafts- und Machtinteressen. Sonst würde man doch wohl zerbombte Menschen nicht zynisch als 'Kollateralschäden' bezeichnen ...

Stoppt die NATO! Stoppt Amerika! Wählt dessen billige Lakaien hierzulande und andernorts ab! Kämpft für den Frieden! Nehmt an Protesten gegen diesen Krieg teil! Und helft den Schutzlosesten den Kindern!“

Am 29. April berichteten wir in einer kurzen Rede auf der seit Beginn der NATO-Aggression täglich in Berlin stattfindenden Mahnwache, daß das „Jugendkollektiv“ in der GRH e. V. eine Spendensammlung durchgeführt habe, bei der 1.257,75 Mark zusammenkamen - davon 500 Mark vom Kollektiv selbst. Dieser Betrag wurde Gordana Milanovic von der Serbisch-Deutschen Gesellschaft übergeben, um ihn den Kindern in Kragujevac zukommen zu lassen. Dort wurden während der nazideutschen Okkupation Jugoslawiens über 7000 Kinder von den Faschisten ermordet.

In unserer Rede an die Teilnehmer der Mahnwache hieß es deshalb: „Diese Geldspende ist das mindeste, was wir als Deutsche, die nun schon zum dritten Mal das Volk Jugoslawiens überfallen, tun können, um das ein wenig wiedergutzumachen, was deutsche Bomben zerstören“.

Wir möchten allen herzlich danken, die bei unserer Sammlung gespendet haben. Vor allem den Freunden der GRH und den Genossen der DKP-Gruppe Berlin Nordost. Werden wir nicht müde, für die Opfer der Aggression einzutreten.

Es lebe Jugoslawien, es lebe das serbische Volk!

„Jugendkollektiv“ in der GRH e. V.
Matthias Bublitz/Rüdiger Czech/Christi-an Grenzel/Maik Müller/Mirko Wittich

RotFuchs

Email & Internet Adresse

DKP-BerlinNO@t-online.de

<http://home.t-online.de/home/DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm>

„Kosovo-Krieg“ schwächt die Rolle Europas

Washingtons globales Kalkül

Unter dem Sammelbegriff „Kosovo-Krieg“ betreiben die neuen deutschen Propagandakompanien von ARD über FAZ und taz bis ZDF - ihre Frontberichterstattung vom NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Krieg im Kosovo? Schlagen die NATO-Sprengkörper nicht ebenso in Serbien, in Montenegro, in der Vojvodina ein? Ist also Krieg um das Kosovo gemeint? Immerhin bezweckt der von der NATO in Rambouillet vorgelegte erpresserische „Vertragstext“ eindeutig die Verwandlung des Kosovo in ein NATO-Protektorat, Vorstufe für dessen völlige Herausstrennung aus dem jugoslawischen Staatsverband und die Unterstellung der ganzen Republik unter Besatzungskuratel.

Darüber allerdings verlieren Aggressionsbetreiber wie -rechtfertiger vorsorglich kein Wort. Um beim Volk Zustimmung oder wenigstens Verständnis für mörderischen Bombenterror zu bewirken, werden „edle Motive“ als psychologische Munition auf die Hirne abgefeuert. Die sollen plausible Antwort sein auf immer lauter werdende sorgenvolle Fragen: Wofür führt die NATO diesen Krieg - und gegen wen?

Angeblich kommt die hochentwickelte Mordtechnik der NATO nur deshalb zum Einsatz, um vom albanischen Bevölkerungsteil des Kosovo „eine humanitäre Katastrophe abzuwenden“. Ganz in diesem Sinne wird Mitleid mit den durch Bürgerkrieg und NATO-Luftterror gepeinigten Menschen einseitig kanalisiert - es gilt nur Kosovo-Albanern, nicht aber anderen vom Krieg betroffenen Bewohnern Jugoslawiens. Und als an allem allein schuldiger Finsterling wird der (selbst nach westlichem Reglement demokratisch gewählte) jugoslawische Präsident vorgeführt. Die UCK-Terroristen hingegen erhalten Waffen, Luftunterstützung und das Prädikat „Befreiungsarmee“.

Durch die Propagandabrille der NATO betrachtet scheint alles ziemlich klar. Die Kon-

trahenten sind deutlich geschieden in GUTE (lies: NATO) und BÖSE (denke: Milosevic-Regime). Einerseits noble Motive und humane Kriegsziele der GUTEN, andererseits „Greuel“ und „Barbarei“ auf Seiten der BÖSEN. (Wer erinnert sich da nicht unwillkürlich an Ronald Reagans antisowjetischen Bannfluch gegen das „Reich des Bösen?“) Um das schlichte Erklärungsmuster für bare Münze zu nehmen, bedarf es einer gehörigen Portion Naivität. Die ist allerdings leicht zu haben. Kein Mangel im Lande an erwünschter Einfalt, die da glaubt, in der Politik seien Ethik, Moral oder gar Freundschaft ausschlaggebende Faktoren. Wer hinter die Kulissen blickt und den wirklichen Ursachen eines Krieges - wie dem auf dem Balkan - auf die Schliche kommen will, muß davon ausgehen, daß die bestimmende Größe in der Politik allein Interessen sind, handfeste und meist ökonomisch fundierte Machtinteressen.

Um die herauszufinden, muß man die „Gretchenfrage“ stellen: Cui bono? Wem nützt es? Wirft man sie in bezug auf den sogenannten Kosovo-Krieg auf, stößt man auf Aspekte, die in der öffentlichen Debatte bislang entweder gar keine oder kaum eine Rolle gespielt haben.

Zunächst fällt auf: Bei allem Eifer, mit dem sich die europäischen NATO-Staaten im allgemeinen und Deutschland im besonderen an diesem Angriffskrieg beteiligen, liegt die Antreiber- und Scharfmacherrolle eindeutig bei den USA. Clintons auf dem „Jubiläumsgipfel“ der NATO öffentlich verkündete Devise, „zu kämpfen, bis wir gewinnen“, schließt nicht nur jeglichen, für alle involvierten Seiten möglicherweise annehmbaren Kompromiß aus. Das Interesse des USA-Establishments an diesem Konflikt gründet sich auf die geopolitische strategische Orientierung, mit der die „einzige Supermacht USA“ den Übergang ins 21. Jahrhundert vorbereitet. Nach ihren Vorstellungen soll das nächste Jahrhundert zur Gänze das werden,

was im zu Ende gehenden nur mit einiger Mühe in dessen letztem Jahrzehnt noch gelang: Ein „amerikanisches Jahrhundert“.

Auch wenn das hinter dem Nebelvorhang pseudohumanitärer Phrasen verborgen wird: Der „kleine“ (potentiell „ausbreitungsfähige“) sogenannte Kosovo-Krieg spielt in diesem globalen Kalkül möglicherweise keine geringe Rolle. Mit ihrer Aggression bedient die NATO als militärische Zuchtrute ganz eindeutig den US-

schaftsanspruch. Und das gleich in mehrfacher Weise:

Nachdem die NATO durch den Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns ihre Osterweiterung eingeleitet hat, wäre die Errichtung ihres Protektorats über Jugoslawien ein weiterer folgenreicher Schritt in dieser Richtung: durch ihn würde der gesamte Balkan faktisch zum Bestandteil der Südost-Flanke dieses aggressiven Paktsystems. Für Rußland (und andere seiner GUS-Anrainer) käme das einem immensen Bedrohungszuwachs gleich. Sie hätten das NATO-Messer fortan direkt an der Kehle. Und das wurde kürzlich noch geschärft: auf ihrem „Jubiläumsgipfel“ legte die imperialistische Allianz ihr bisheriges Kostüm als „Verteidigungsbündnis“ ab und ermächtigte sich per „modernisierter“ Doktrin zur militärischen Intervention jederzeit und überall dort, wo sie die „westlichen Grundwerte“ gefährdet sieht. Wozu es beispielsweise völlig ausreichen würde, käme es in Rußland zu sozialen Erschütterungen oder politischen Veränderungen, die Verluste für ausländische Investoren nach sich ziehen könnten. Oder durch die für die kapitalistischen Großmächte „der freie Zugang zu Märkten und Rohstoffquellen“ - so der Zugriff auf die Erdölressourcen im Kaspischen Meer - eingeschränkt würde.

Nun ist kaum anzunehmen, daß Rußland solcher Gefahr nicht zu begegnen suchte. Es könnte sich veranlaßt sehen, sein militärisches Potential massiv aufzustocken. Kosovo würde zur Initialzündung für ein neuerliches Wettrüsten zwischen Kernwaffen-Kontrahenten. So ungelegen käme das den USA keineswegs. Denn für das politisch wie wirtschaftlich ohnehin geschwächte, vom Rang der einstigen Weltmacht Sowjetunion nahezu auf das Niveau eines (allerdings atomwaffengespickten!) Entwicklungslandes heruntergestufte Rußland müßte ein solcher Rüstungswettlauf ruinöse Folgen zeitigen. Die Wirksamkeit dieses „amerikanischen Rezepts“ ist am Beispiel der nicht zuletzt auch „totgerüsteten“ UdSSR hinlänglich erwiesen. Für die Rüstungskonzerne der USA hingegen brächte solches Wettrüsten den warmen Regen eines lebhaften Konjunkturaufschwunges. (Schon zu Beginn der derzeitigen NATO-Aggression bewilligte der sonst eher knausrige US-Kongreß flugs zusätzliche 6 Milliarden Dollar, von denen der militärisch-industrielle Komplex den Löwenanteil einstreichen dürfte.)

Auf jeden Fall aber bliebe Rußland von jenem Prozeß ausgesperrt, den dessen Architekten als das Entstehen des einheitlichen „demokratischen“ Europas preisen. Statt Aufnahme zu finden in dem vom politischen

Fortsetzung auf Seite 7



Grafik: Arno Fleischer

Fortsetzung von S. 6

Illusionisten und Gaukler Gorbatschow als Luftschloßentworfenen „Gemeinsamen Haus Europa“ wäre Rußland die Rolle eines permanent bedrohten Staates am Rande unseres Kontinents zugewiesen. Das „einheitliche“ Rumpfeuropa aber verzichtete damit auf ein Potential, das - sowohl hinsichtlich seiner Ressourcen als auch als Markt - einer tatsächlich den gesamten Erdteil umfassenden (kapitalistischen) Europäischen Union ganz erheblich mehr Gewicht verschaffen würde. Eine solche starke „Gesamteuropäische Union“ widerspräche zutiefst dem geopolitischen Strategiekonzept der USA. Das Entstehen eines Konkurrenten, der das Zeug besäße, ökonomisch wie politisch ebenbürtig und möglicherweise sogar potent genug zu sein, eines Tages auf Rang 1 in der Weltarena vorzustoßen, kollidiert mit dem absoluten Führungsanspruch der derzeit einzigen Supermacht.

Was aber hat mit alledem der „Kosovo-Krieg“ zu tun?

Selbst wenn sein Ausgang die Aggressoren als „Sieger“ sehen, die westeuropäischen Mittäter mit dem gefährlichen Gefühl militärischer Überlegenheit ausstatten und der BRD den Aufstieg zur Großmacht suggerieren würde: für den Integrationsprozeß der europäischen Union sind die Folgen dieses Überfalls auf ein souveränes europäisches Land verheerend. Mag sein, daß ein Jahrzehnt oder wenig mehr nur ausreichen könnten, um die angerichteten materiellen Zerstörungen durch einen „neuen Marshall-Plan“ zu beheben. Der Haß aber, den dieser Waffengang ausgeprägter noch hinterläßt als zuvor die gewaltsame Zerstückelung des einstigen Jugoslawien in nationalistische Kleinstaaten, wird über Generationen als Konfliktpotential virulent bleiben. Für das „Zusammenwachsen“ Europas ist dies alles andere als förderlich. Dafür eignen sich solche mit ethnischem Egoismus übersättigten Konfliktherde ganz vortrefflich, um ein zu stark werdendes Europa im Bedarfsfall zu schwächen und so beherrschbar - also auf Abstand - zu halten. Latent vorhanden, lassen sie sich durchaus aktivieren, wenn man dafür über das nötige Know how und erfahrenes Personal verfügt. In den USA ist beides vorhanden.

Auch wenn derzeit noch ungewiß ist, wie die NATO-Aggression gegen Jugoslawien endet - Europa bezieht aus ihr als Hinterlassenschaft ein weiteres Element eigener Schwäche gegenüber seinem überseeischen Partner USA, der zugleich sein (noch dominierender) Konkurrent ist und das auch bleiben möchte. Das Absurde daran: Mit - im Wortsinne - Feuereifer schießen sich die westeuropäischen NATO-Staaten diesen schwerwiegenden Nachteil selbst mit herbei. Um das Kosovo, auf dem Balkan führen eingeschwo-rene Europäer als Vasallen und zum Nutzen der USA einen anti-europäischen Krieg.

Wolfgang Clausner

Wenn die Sirene auf dem Gänsemarkt heult

Hamburg in diesen Kriegstagen

Der faschistische Krieg brachte meiner Heimatstadt alliierte Bombenangriffe, in deren Inferno 1943 ein großer Teil Hamburgs unterging. Meine Mutter sprach manchmal davon, und als die wiederbewaffnete BRD den Probealarm einführte, reagierte sie mit großem Unmut auf das Sirenengeheul. Als zwei Luftschutzleute gar mit Propagandapamphleten an der Haustür erschienen, warf sie diese fast die Treppe hinunter ...

Es ist wieder Krieg. Ein alter Genosse von nebenan hat gerade Spendensammler „für die Kosovo-Flüchtlinge“ mit dem Satz aus dem Haus gejagt: „Geht doch bei der Bundeswehr das Geld holen, das der Krieg kostet, und schickt es den Flüchtlingen!“ An Elbe und Alster Frühlingsgrün; die Menschen in der Stadt scheinen unberührt. Kein Fliegeralarm läßt sie in Bunker und andere Unterstände eilen wie die Einwohner von Belgrad, von Novi Sad, von ganz Jugoslawien ... Doch auch bei uns heulen Sirenen auf: Abends auf dem Gänsemarkt, mitten in der City. Eine ruhige Stimme fordert die Passanten in serbo-kroatisch auf, sich sofort in die Schutzräume zu begeben. Dann ertönt weithin hörbar der Luftalarm - eine Originalaufnahme aus der jugoslawischen Hauptstadt, die von Demonstranten gegen die NATO-Aggression abgespielt wird.

Hamburg erlebt etwas in den vergangenen Jahrzehnten nicht Dagewesenes: Seit Beginn des NATO-Überfalls findet Tag für Tag eine Kundgebung gegen den Krieg und ein anschließender Marsch statt, meist zum USA-Konsulat, aber auch zur SPD-Zentrale, zu den Verlagshäusern des Springer-Imperiums oder des „Spiegel“. An die tausend Menschen kommen immer, oft sind es aber auch doppelt oder dreimal so viel. Frauen und Männer aus Jugoslawien beherrschen die Szene, darunter viele Arbeiterinnen und Arbeiter, von denen manche schon seit über 30 Jahren in der BRD leben; andere sind Studenten, Schüler, Kinder - jedes Alter und fast jede politische Richtung sind dort vertreten. Sie alle eint der Widerstand gegen den NATO-Krieg. Es wehen die Fahnen der SFRJ, der BR Jugoslawien und Serbiens. Dabei sind Griechen, Mazedonier, Russen, Menschen aus Nikaragua, Portugal, Spanien. Auch eine Sowjetfahne und ein rotes Thälmann-Banner kann man sehen. Dennoch: Obwohl Ort und Zeit der Aktion inzwischen weithin bekannt sind, ist die Zahl deutscher Teilnehmer bisher leider gering.

Auf den Kundgebungen werden kurze Reden gehalten - immer wieder von Rufen wie „NATO raus!“ und „Clinton-Schröder

- beide Mörder!“ unterbrochen. Informationen, die die NATO-Presse verschweigt, viele aus Jugoslawien über Opfer der Zivilbevölkerung, über Bombardierungen und deren Ziele, aber auch aus anderen Ländern, werden verbreitet. Immer spricht die Menge ihr leidenschaftliches Urteil über die NATO-Aggressoren. Die erschütternden Berichte wenden sich auch an die „lieben Hamburgerinnen und Hamburger“ und erinnern sie an das Schicksal ihrer eigenen Stadt vor 56 Jahren.

„Deutschland, schäm dich!“ ist eine Parole, die angesichts der schamlosen BRD-Kriegsbeteiligung und der meist unberührt vorbeiziehenden Einwohner ihre Rechtfertigung besitzt. Doch auch BRD-Bürger treten auf. Unter ihnen der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr. Er erhielt starke Zustimmung, als er die Aggression der sozialdemokratisch geführten Regierung scharf verurteilte. Rolf Becker von der IG Medien ging mit der Haltung des DGB-Vorsitzenden Schulte ins Gericht. Eindrucksvoll waren auch Worte von Deutschen, die mit Serbinnen verheiratet sind: einer erklärte, er wolle sich nun um die jugoslawische Staatsbürgerschaft bemühen. Am 2. Mai sprach der frühere DDR-Botschafter in der SFRJ Ralph Hartmann. Er stellte die NATO-Aggression in deren historischen Zusammenhang, umriß die völkerrechtliche Dimension des Verbrechens, schilderte seine Folgen für Menschen aller Nationalitäten des überfallenen Staates. Hartmann entlarvte die Per-version der NATO, die die Kriegsfolgen zur Kriegsrechtfertigung benutzt. Der Diplomat nannte den Überfall auf Jugoslawien den feigsten, schamlosesten und verlogenen Krieg des Imperialismus seit 1945. Zustimmung gab es auch zu der von einer jungen Serbin verlesene, Zeitungsanzeige ehemaliger Ausschwitzhäftlinge gegen die ungeheuerliche KZ-Lüge des BRD-Kriegskabinetts. Ein alter Genosse schloß seine kurze Ansprache mit den Worten: „Krieg führen für Deutschland heißt Krieg für die Deutsche Bank“.

Der Demonstrationzug zieht sich in die Länge. Abend für Abend wird der Autoverkehr in Teilen der City stillgelegt und im weiten Umkreis sind dann Sprechchöre gegen die NATO-Mörder zu hören. Nur hin und wieder gibt es Pöbeleien vom Straßenrand her.

Vor dem USA-Konsulat trifft die Demo stets auf eine Mahnwache jugoslawischer, griechischer und mazedonischer Kriegsgegner, die dort seit dem Überfall Tag und Nacht auf dem Posten ist. Die Abschlußkundgebung verläuft wie der Auftakt. Am

Fortsetzung auf S. 8

Heimkehr in den Reichstag

„WIR SIND WIEDER WER!“

Nein, ich meine jetzt nicht die Bonner Teilhabe am amerikanischen Weltherrschaftsstreben. Ich meine, „WIR SIND WIEDER WER“ wäre als Inschrift überm Portal des Reichstags treffender, vor allem wahrheitsgetreuer als das unsägliche „DEM DEUTSCHEN VOLKE“.

Fürs deutsche Volk und seine Nachbarn ist aus diesem Bau niemals etwas Gutes herausgekommen. Deshalb ist der Umzug von Bonn nach Berlin, aus dem Bundestag in den Reichstag, durchaus folgerichtig. Die Losung überm Eingang wie das Geschwätz von einer „Berliner Republik“ stehen im Gegensatz zur Vergangenheit des Hauses wie zur Politik der gegenwärtig Herrschenden, deren Vertreter sich nun in diesem kaiserlichen Prunkgebäude zur Schau stellen. Großbankiers, Großindustrielle, Großaktionäre, Großagrarier und Versicherungsbesitzer sitzen nicht unter der vielgerühmten Käseglocke in den lilagefärbten Sesseln

Fortsetzung von S. 7

Ende eine Gedenkminute für die Opfer der Aggression ... Die Fahnen eines kleinen Landes, das seine Unabhängigkeit mit großer Würde verteidigt, wehen gegen die Fahne der Völkermörder auf dem Dach des Konsulats ...

Hamburg im Frühjahr 1999 ... Als ich auf dem Postamt Sondermarken verlange und hinzufüge „Aber bitte nicht die zum NATO-Jubiläum“, reagiert die Angestellte prompt mit einem: „Das kann ich verstehen“. Manches tut sich in der Stadt an Elbe und Alster. Es gab den Ostermarsch mit über achttausend Teilnehmern, die Antikriegsdemos am 10. und 24. April mit jeweils vier bis fünftausend Menschen. Hier waren die meisten Deutsche. Nur ein kleiner Teil von ihnen bei den täglichen Märschen wäre bereits eine große Unterstützung. Die Gleichgültigkeit vieler stimmt mich traurig. Während einst, als die Kundgebungen gegen den Vietnamkrieg das ganze Land erschütterten, den Propagandaklischees von „Greueln des Vietcong“ nicht mehr geglaubt wurde und auch tausende Nichtkommunisten unter Bildern von Ho und Che aufzogen, ist heute allein die jugoslawische Fahne für viele Grund genug, sich nicht zu beteiligen. Denn noch greifen Lüge und Irreführung. So gilt es, Schritt für Schritt wieder ein internationalistisches Bewußtsein zu schaffen, das viele der „68er“ leider verdrängt oder verraten haben. Es geht - wie damals die fortschrittlichsten Gegner des Vietnamkriegs sagten - um „unsere bedingungslose Solidarität mit den Opfern der imperialistischen Aggression“.

Werner Hoppe

des Hohen Hauses, sondern in den Hochhauspalästen von Frankfurt am Main, in München, Düsseldorf und Hamburg. Dort wird die Politik gemacht.

Der Reichstag ist ja nicht nur eine Fassade und ein leeres Gebäude, sondern vor allem Inhalt. Und da konnte das Ehepaar Christo für eine Unsumme Steuergelder verhüllen, soviel man will; da kann der britische Architekt Glaskuppeln und Wände mit Einblick ins Plenum bauen, wie immer er durfte: durchsichtig war und ist diese Art Parlament nicht. Meinungsverschiedenheiten werden hinter den verschlossenen Türen der Ausschüsse verhandelt, Gesetze nach den Wünschen von außen in vatikanischer Abgeschlossenheit erarbeitet, ehe man sich im Plenum den alten Schaukampfliefert, der heute - gemäß dem „Zeitgeist“ - vollends zur Lärm-Show verkommen ist.

Nach der politischen Erfahrung, daß es den Täter gern an den Ort seiner Untat zurückzieht, kehrt nun die SPD an die Stätte heim, an der sie 1914 dem Kaiser jene Kredite bewilligte, die Krupp für seinen Weltkrieg Nr. 1 benötigte. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, hieß es damals aus majestätischem Munde. Und weiter: „Zum Zeichen, daß sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede ... durchzuhalten mit Mir durch Dick und Dünn, durch Not und Tod, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, Mir das in die Hand zu geloben.“ Nicht Bundestag 1990, sondern Reichstag 1914. Not und Tod folgten. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Hugo Haas, parierte: „Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Vaterlandes erforderlichen Mittel.“ Dann fiel man über die Serben her - zur „Verteidigung“.

Als es um die Gesamtabstimmung über den zweiten Nachtrag zum Reichshaushalt ging, sprangen die Abgeordneten von rechts bis links auf und schrien „Hurra!“. Nur einer blieb sitzen und rief in den Taumel: „Gegen eine Stimme!“ Es war Karl Liebknecht. Fünf Jahre später ermordete man ihn.

Als wenige Tage nach Liebknechts NEIN einige Genossen in der Fraktion seine Meinung teilten, hieß es laut Protokoll: „Die Mehrheit erachtete jedes öffentliche Eintreten als eine Gefährdung der Interessen Deutschlands.“ Heute würde diese Fraktionsmehrheit Namen wie Schröder, Scharping, Verheugen u. a. tragen. Auf deren Tiraden über „Friedenstruppen“, „Friedensvertrag“, „Friedensmission“ u. ä. trafe Liebknechts Bemerkung zu, die so überliefert ist: Mit der Linken schwingt man die Palme,

mit der Rechten drücke man dem Militarismus das Schwert in die Hand.

Im neuen Reichstag werden sie nicht anders reden, denn sie haben die eigene Geschichte verdrängt ... Im Sommer 1911 hatte die kaiserliche Regierung die Kanonenboote „Panther“ und „Berlin“ nach Agadir entsandt und damit die Marokko-Krise ausgelöst. Im Juli und August 1911 fanden in Deutschland Protestdemonstrationen statt. Am 3. September kamen mehr als 200 000 Berliner Arbeiter im Treptower Park zusammen; am 20. Oktober 1912 protestierten erneut 200 000 Berliner gegen den Balkankrieg; ihre Forderung an die Regierung: Politik der Nichteinmischung!

1913 enthüllte Karl Liebknecht im Reichstag die Rüstungs- und Profittreiberei des Krupp-Konzerns und versetzte die europäische Reaktion in Aufregung, indem er Ursachen und Erscheinungsformen der imperialistischen Kriegspolitik aufdeckte. Aus seinen Thesen „Zur Taktik im parlamentarischen Kampf“ konnten Abgeordnete heute viel lernen.

Am 26. Mai 1925 sagte der KPD-Abgeordnete Ernst Schneller im Reichstag: „... die SPD kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, als treuester Lakai der Bourgeoisie tätig gewesen zu sein, indem sie dem Proletariat eingeredet hat, es bestünde eine republikanische Reichswehr ... Was geht es das Proletariat an, was soll es tun, wenn hier im Deutschen Reichstag von der Reichsregierung ein Etat für Reichswehr und Marine vorgelegt wird, der 561 Millionen erfordert? ... Wozu ist dieses ungeheuer kostbare Instrument da? Weshalb ist es so wertvoll ausgestattet? ... Hinter diesem Aufbau der Wehrmacht muß noch etwas anderes stecken als allein der Druck der Entente, daß man nur 100 000 Mann haben darf, es müssen doch Pläne verborgen sein, die durchaus das Einverständnis der Entente und vor allem der englischen Bourgeoisie finden.“

Was damals die Entente war, ist heute die NATO. Für das seinerzeitige England stehen jetzt die USA. Und der in jenen Tagen diskutierte Locarno-Pakt sollte Frankreichs Grenzen schützen und Deutschland nach Osten lenken. Dazu sprach Ernst Thälmann am 24. November 1925 im Reichstag: „Ist das vielleicht wieder nur eine besondere Auffassung der Kommunisten? Malen die Kommunisten hier ein Schreckgespenst an die Wand, das in Wirklichkeit nicht existiert? Hören Sie zu, was die Sozialdemokratie in

einer guten Stunde in Österreich in ihrem Zentralorgan zum Ausdruck brachte: 'Aber man braucht nur die englische Politik zu verfolgen, um zu sehen, daß Locarno zwar die Liquidierung des letzten Krieges im Westen, der Abschluß der Geschichte von gestern ist. Man macht Frieden im Westen, man macht Ruhe am Rhein - die Geschichte wendet sich zum Nil, zum Euphrat und zum Jangtsekiang. Man liquidiert den Krieg von gestern, um die Hände freizubekommen für den von morgen...' Es ist eine eiserne Konsequenz, daß die Sozialdemokratie, die in außenpolitischer Einheitsfront mit der Bourgeoisie steht, bereit ist, auch innenpolitisch mit der deutschen Bourgeoisie gemeinsam zu regieren."

Wo hört man heute Begriffe wie Imperialismus, Bourgeoisie, Klassenkampf, Militarismus? Wo wird im Bundes-/Reichstag das Geheimnis enthüllt, hinter dessen Schleier Kriege vorbereitet und geführt werden? Man könnte noch andere kommunistische Reichstagsabgeordnete nennen Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Wilhelm Koenen, Wilhelm Pieck, John Schehr, Theodor Neubauer, Georg Schumann, Martha Arendsee, Walter Ulbricht, Clara Zetkin. Deren Kampf gegen die Brüning'schen Notstandsgesetze, gegen Aufrüstung und Krieg, ihre Reichstagsreden wären eine lehrreiche Lektüre für heutige Bundestagsabgeordnete. Oder August Bebel's historischer Ausspruch: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

Nun richten sich Bonner Abgeordnete in Berlin ein: Mit eigenem Bahnhof, eigenen Verkehrstunneln, eigenen Luxusbüros, eigenen Kindergärten, eigenen Schulen in einem Ghetto, gegen das Wandlitz nicht einmal ein Fußballfeld war. Und mit Sicherheitsmaßnahmen, die alles Denkbare übersteigen.

Denn da ist in Berlin ein Friedrichsfelde und da ziehen Anfang Januar gut 100 000 Berliner mit ihren Gästen aus dem In- und Ausland hin und denken etwas ganz anderes als die herrschende Klasse. Und die Wichtigsten im Roten Rathaus haben nicht genug Polizisten und müssen sich jedes Jahr welche in anderen Bundesländern ausleihen. Alle Versuche, die Reichshauptstadt besenrein zu übergeben, schlugen fehl. Vielleicht findet man im Archivkeller des Reichstags noch jene BEKANNTMACHUNG, die da kurz und bündig lautete: „Es wird das 'Recht auf die Straße' verkündet. Punkt. Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Punkt. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Punkt. Ich warne Neugierige. Punkt. Berlin, den 13. Februar 1910

Der Polizeipräsident. Von Jago. Punkt.“
Karl Eduard v. Schnitzler

Deutschland als Führungsmacht der EU

Europa, wir kommen

Europa, wir kommen - so lautet eine als Werbegag gedachte Losung zu den Europa-Wahlen. Das klingt nach Aufbruch in einen gelobten Erdteil, der das zu bieten vermag, was in den einzelnen Ländern an Frieden und sozialer Gerechtigkeit so schnell nicht zu erreichen ist.

Diese Illusion lebt vom Verkennen oder von der Leugnung der europäischen Zustände, die sich im Zeitalter der höchsten kapitalistischen Entwicklung befinden. „Auf solcher Basis eine 'gerechte' Verteilung des Einkommens zu predigen, ist Proudhonismus, ist kleinbürgerlicher, philiströser Stumpfsinn“. (Lenin. Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, Ausgew. Werke in 2 Bd., Bd. 1, S. 752, Moskau 1946)

Jeder Tag, der nach Beendigung der „Ost-West-Konfrontation“ (Umschreibung des zeitweiligen Sieges der imperialistischen Mächte über die sozialistischen Staaten Europas) vergangen ist, bestätigte die Feststellung, daß „unter dem Kapitalismus ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung der einzelnen Wirtschaften und der einzelnen Staaten unmöglich (ist). Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel zur zeitweiligen Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik“ (ebenda)

Vor Ausbruch des Krieges gegen Jugoslawien war es leichter, diese Leninsche Erkenntnis als platte Agitation abzutun. Jetzt haben wir den Krieg, exakt an der Stelle, an der weder durch eine „sanfte Revolution“ noch mit Hilfe von „Reformen“ ein Nationalstaat bzw. dessen Reste komplett kapitalismuskompatibel gemacht werden konnten. So wurde aus Milosevic ein „Schlächter“ wie zuvor aus Wałęsa, Eppelmann, Havel, Thierse, Horn und der ganzen Meute „Musterdemokraten“ geworden waren.

Die offene Aggression der NATO verdeckt ein wenig die Tatsache, daß Krieg oder Machtkampf nicht nur in militärischer Form stattfinden, obwohl die USA-dominierte militärische Variante mit größerem Effekt „zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und den Mächten“ zustandegebracht hat. „In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich ...“ (ebenda)

Das europäische Kriegsgespann ist mit 17 NATO-Mitgliedern z.Z. im militärischen Bereich „fortgeschrittener“ als im wirtschaftlichen mit derzeit 15 Mitgliedern der Europäischen Union (EU).

Der Machtkampf bei der Formierung und dem Ausbau der EU treibt exotische Blüten. Wie soll man den Vorgang deuten,

wenn in einem korrupten System die Zeit für reif gehalten wird, die wichtigste EU-Institution völlig ungeniert an den Korruptionspranger zu stellen? Entweder hat dort jemand die Spielregeln verletzt oder die Kräftekonstellation im Bündnis hat sich geändert. Vieles spricht für die zweite Annahme.

Die politischen Repräsentanten der BRD, ob schwarz, rosa oder grün, reden unisono von der größeren Verantwortung, die Deutschland seinem ökonomischen Potential entsprechend übernehmen müsse. Der deutsche Imperialismus war nicht zum ersten Mal Initiator und Hauptakteur der Zerschlagung Jugoslawiens. Geheimdienste und Außenpolitik der BRD haben in allen ehemals sozialistischen Ländern das vermutlich größte destabilisierende Potential, bekannt als 5. Kolonne, aufgebaut. Der Streit zwischen der BRD und Frankreich um die Besetzung der wichtigsten währungspolitischen Position in Europa, die des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, der mit der Entscheidung für Wim Duisenberg endete, ist noch frisch in Erinnerung. Und nun hat mit dem kollektiven Rücktritt des Präsidenten und der 19 Kommissare der der Korruption und Mißwirtschaft bezichtigten Europäischen Kommission eine weitere deutsche Initiative Erfolg gezeitigt. Der Luxemburger Jacques Santer als Präsident und die französische Sozialistin Edith Cresson als Kommissarin mußten unwiderruflich gehen und der Italiener Romano Prodi, der Anfang des Monats als Präsident der EU-Kommission gewählt wurde, darf jetzt die alten Mißstände beseitigen.

Der Kampf tobt um Funktionen, Organisationsstrukturen und politische Handlungslinien, wobei sich hier eine ähnliche Konstellation abzeichnet wie in der kapitalistischen Welt insgesamt: Die Mächtigen sind für eine grenzenlose Liberalisierung, die Schwächeren für mehr staatliche Regulierung oder mehr Schutz. Und der Kampf wird mit äußerster Härte um die Bereitstellung und den Einsatz der finanziellen Mittel der sechs Jahre alten EU geführt.

Mit dem am 1. 11. 1993 in Kraft getretenen EU-Vertrag wurde die wirtschaftliche Integration der zum damaligen Zeitpunkt 12 und heute 15 Mitgliedsländer (1), die bisher im Rahmen der drei Gemeinschaftsverträge für Kohle und Stahl (EGKS), Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Atomgemeinschaft (EAG) erfolgte, mit der erweiterten Zielstellung einer Wirtschafts- und Währungsunion um zwei nichtökonomische Bereiche ergänzt (Maastricht I). Das sind die gemeinsame Außen- und Sicherheits

Fortsetzung auf Seite 10

Mutiger Strafverteidiger



Im April hatte die DKP-Gruppe Nordost prominenten Besuch: Zu uns sprach Rechtsanwalt Prof.

Dr. Erich Buchholz, ehemals Direktor des Instituts für Strafrecht an der Berliner Humboldt-Universität. Er wurde vor allem als mutiger Strafverteidiger in den politischen Prozessen gegen DDR-Funktionäre, -Militärs- und -Juristen bekannt. „RotFuchs“-Leser kennen ihn aus verschiedenen Beiträgen und begegnen seinen Auffassungen auch in dieser Ausgabe unserer Zeitung. Die fundierten Artikel des angesehenen Juristen stehen für das Gewicht, das die Gruppe Nordost der aktiven Solidarität mit den Opfern der bundesdeutschen Justiz beimißt. So war es nur folgerichtig, daß der Vortrag von Erich Buchholz zahlreiche Gäste anlockte und der Blaue Salon im früheren ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz voll besetzt war.

Zu Beginn der Versammlung hatte Brigitte Dressel in bewegender Weise über auf ihrer kürzlichen Belgrad-Fahrt Erlebtes gesprochen, sodaß Erich Buchholz seine Darlegungen mit der Bemerkung einleitete, es seien die gleichen Kräfte, die Bomben auf Jugoslawien werfen und unsere Genossen verfolgen. Mit den politischen Urteilen solle die DDR juristisch „vernichtet“ werden. Man solle sich keinen Illusionen über ein absehbares Ende der politischen Strafverfolgung hingeben. Vom ganzen Gerede über den „Unrechtsstaat“ DDR und von unzähligen Ermittlungsverfahren seien allerdings nur zwei Prozeßgruppen übriggeblieben: die Strafverfahren gegen unsere Grenzer und Anklagen wegen angeblicher Rechtsbeugung.

Da die Rechtsgrundlage für Verurteilungen weder hier noch dort ausreicht, werden willkürliche Rechtskonstruktionen, Verfä-

schungen der Wahrheit und des Sachverhalts sowie subjektive Maßstäbe der Richter und Staatsanwälte zur Norm erhoben. So wird in den Urteilen gegen Grenzer bis hin zum Bundesverfassungsgericht überhaupt nicht erwähnt, daß der Schutz der Staatsgrenze in der DDR ein Verfassungsauftrag war; es bleibt unberücksichtigt, wie es zu dieser befestigten Grenze gekommen ist bzw. welchen Anteil die Alt-BRD daran hatte. Der direkte Einfluß der BRD auf Republikfluchten wird ebenso verschwiegen wie die bewußte Inkaufnahme der Lebensgefahr durch die Grenzverletzer. Juristisch sei deren Flucht mit Selbstmord gleichzustellen.

Bei den meisten Rechtsbeugungsfällen erfolgen Verurteilungen wegen vermeintlicher Verhängung eines überhöhten Strafmaßes. Dem liegen eigene Maßstäbe der jeweiligen BRD-Richter zugrunde, weil es sich bei den DDR-Urteilen angeblich um menschenrechtswidrige Entscheidungen gehandelt habe. Dies ist ein klassischer Fall von Rechtsbeugung durch die bundesdeutsche Justiz. Außerdem gebe es im Menschenrechtskatalog keine Forderungen in bezug auf die Festlegung eines Strafmaßes durch die Rechtsprechung. Erich Buchholz fügte hinzu, daß die beanstandeten Urteile der DDR-Richter ohnehin längst der Verjährung unterlägen - wenn es denn überhaupt eine Rechtsbeugung gegeben hätte. Der Bundesgerichtshof habe deshalb in diesem Zusammenhang das juristisch unhaltbare „Ruhens der Verjährung“ als „quasigesetzlichen Grund“ in die Rechtsprechung eingeführt.

In der kurzen, aber lebhaften Diskussion spielte natürlich die Tatsache eine Rolle, daß zur Gruppe Nordost und ihrem engsten Umfeld drei direkte Opfer der Klassenjustiz gehören: Genossin Gerda Klabuhn, die erst

kürzlich auf Bewährung aus dem Gefängnis entlassen wurde; Genosse Walter Wiggers, der schon in den 50er Jahren als KPD-Mitglied von der Adenauer-Justiz wegen schweren Landfriedensbruchs (er wolle „die Diktatur des Proletariats einführen“, hatte der Richter dem jungen Mann damals vorgeworfen) verurteilt worden war; und Genosse Erich Gaida, der nach 18 Monaten Untersuchungshaft im August vorigen Jahres freigesprochen werden mußte. Die unmittelbare Nähe zu diesen standhaften Antifaschisten macht für uns auch die menschliche Dimension der Probleme deutlicher spürbar, denen alle ausgeliefert sind, die in die Mühlen der politischen Justiz geraten.

Im Anschluß an die Versammlung bot sich Gelegenheit, der früheren Richterinnen Gerda Klabuhn einige Fragen zu ihrer persönlichen Sicht auf die Inhalte des Abends zu stellen.

Frage: Du kennst Erich Buchholz seit fünf Jahrzehnten; was hat Dich an seinen Ausführungen besonders beeindruckt?

Antwort: Ich habe alles mir Zugängliche, was er zu dieser Thematik geäußert hat, aufmerksam verfolgt. Mich beeindruckt die Konsequenz, mit der er immer wieder die Rechtswidrigkeit der politischen Strafverfolgung von DDR-Bürgern aufdeckt.

Frage: Aus aktuellem Anlaß: Hast Du noch Erinnerungen an Kindheits-erlebnisse im Krieg?

Antwort: Ich habe den ganzen Krieg in Berlin erlebt. Sirenengeheul, das drohende Brummen der Bombenverbände und das Pfeifen ausgeklinkter Bomben werde ich bis zu meinem letzten Tag nicht vergessen. Das war sozusagen mein Schlüsselerlebnis, daß ich mich entschloß, mit aller Kraft daran mitzuwirken, eine Wiederholung von Krieg und Faschismus zu verhindern. Das

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 9
politik (GASP) und die Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik.

Im Zuge dieser Erweiterung wurde der bisherige Terminus „Europäische Gemeinschaften (EG)“ aufgegeben. Die EG-Kommission, das wichtigste Exekutivorgan (eine Art Regierung) mit einem Verwaltungsapparat von 18 000 Beamten wurde in Europäische Kommission umbenannt. Der bisherige EG-Ministerrat, das zweimal jährlich tagende Gremium der Staats- und Regierungschefs, heißt inzwischen Rat der EU. Das in seinen legislativen Befugnissen stark begrenzte Europäische Parlament (EP), das bereits 1979 aus der sog. Gemeinsamen Versammlung entstand, bekam 1995 seine jetzige formale Größe mit 626 Sitzen. Die

Zahl der jeweiligen Mandate ist abhängig von der Bevölkerungszahl der Mitgliedsländer. Die Abgeordneten werden für fünf Jahre direkt gewählt, sie bilden politische Fraktionen auf EU-Ebene. Nationale Gruppierungen gibt es hier nicht.

Diese Union mit derzeit über 370 Millionen Menschen und einer allgemein hochentwickelten Industrie bildet den größten Binnenmarkt der Welt und die BRD mit etwa 28 Prozent des Wirtschaftspotentials und mit ca. 22 Prozent Bevölkerungsanteil (abgesehen von der größten Armee) ihre stärkste Kraft. Die Realität folgt den Gesetzen der Ökonomie und so bleibt die Losung vom europäischen Deutschland eine Floskel oder ein Wunschtraum.

Der Kurs dieses sich zum politischen und

militärischen Block entwickelnden Wirtschaftsraumes wird durch die Wahlen zum Europa-Parlament am 13. Juni d.J. bestenfalls soweit korrigiert, wie in den Mitgliedsländern durch die Wahl sozialdemokratischer Regierungen die Politik modifiziert wurde.

Dennoch ist es wichtig, diese Wahlen zu einem Votum gegen den europäischen Krieg zu machen.

Hans-Günter Szalkiewicz

(1) Der EU gehören die BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Holland, Belgien, Österreich, Schweden, Dänemark, Finnland, Griechenland, Portugal, Irland und Luxemburg an (Reihenfolge etwa nach dem ökonomischen Potential)

Fortsetzung von Seite 10

war schließlich auch der Grund für meine Berufswahl. Es war kein leichter Weg, aber ich habe ihn nie bereut. Der wichtigste Abschnitt dahin war wohl der Besuch der Arbeiter- und Bauernfakultät Berlin. Durch sie haben sich mir Bildungsmöglichkeiten erschlossen, die mir in der bürgerlichen Gesellschaft versagt geblieben wären. Ich bin sozusagen ein „Aula-Kind“ Kant'scher Prägung.

Frage: Was sollten wir nun, damit die Erinnerung an die DDR weiterlebt?

Antwort: Eine schwere Frage. Wir hatten ja schon Probleme, unsere Erfahrungen aus Faschismus und Krieg sowie die harten Nachkriegszeiten nachvollziehbar darzustellen. Das Wichtigste ist sicher, überall wahrheitsgemäß über die DDR zu berichten und die Zusammenhänge sichtbar zu machen.

Frage: Wie beurteilst Du unter diesem Gesichtspunkt die Memoirenliteratur?

Antwort: Sicher haben Memoiren dabei ihren Platz und können hilfreich sein. Man muß aber verstehen, daß die Sicht auf die Vergangenheit immer subjektiv ist. Dazu muß sich auch der Autor bekennen. Solche aufrichtigen Darstellungen sehe ich u. a. in den Arbeiten von Ingeborg Rapoport und Inge Viett. Mit dem Buch von Gabriele Gast habe ich gerade erst begonnen.

Frage: Was würdest Du heute jungen Menschen raten, die im Beruf eines Juristen ihr Lebensziel sehen?

Antwort: Wer sich heute zu einem Jura-Studium entschließen will, sollte sich zuerst über sein Berufsziel klar werden und darüber, ob sich dies mit seiner politischen Moral deckt. Zwar waren Marx, Lenin und Liebknecht Juristen, aber ob sie heute im Öffentlichen Dienst tätig sein dürften?

Beitrag und Interviewfragen:

Frank Mühlefeldt

Kolloquium in Vorbereitung

Am 20./21. November 1999 wird in Berlin ein Kolloquium unter dem Motto „50 Jahre DDR - Für Frieden und Sozialismus - Konferenz zur Verteidigung des revolutionären Erbes“ stattfinden, zu dem Interessenten aus allen Teilen der Bundesrepublik eingeladen werden. Redner der mit Spannung erwarteten Veranstaltung, die Geschichtsklitterern, Halbherzigen und Hasenfüßen eine Antwort erteilen will, sind engagierte Persönlichkeiten des linken Spektrums aus der annektierten DDR und Westdeutschland. „RotFuchs“ wird über Vorbereitung und Verlauf der Konferenz berichten.

Über das Teewasser und über die Macht im Staat

Ein Sonntagsgespräch mit Dr. Manfred Sohn

Der Initiative des Berliner Kommunisten Dr. Günter Szalkiewicz ist es zu danken, daß ein interessierter Kreis von Genossen aus allen Parteigruppen der Stadt mit dem Mitglied des PV, Dr. Manfred Sohn, über ideologische Aspekte der Arbeit der DKP debattieren konnte. Das Gespräch konzentrierte sich besonders auf Probleme der Programmdiskussion und der Imperialismuseinschätzung. In seinem Referat stellte Manfred Sohn fest, es gebe in der DKP Diskussionsbedarf zu einer Reihe wichtiger Fragen. Die Gewährleistung des erforderlichen theoretischen Niveaus aber sei Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken der Partei. Es zeige sich immer klarer, daß die Leninsche Imperialismus-Theorie ihre Aktualität nicht verloren habe. Die Diskussion finde in einem imperialistischen Land statt, das gerade an einem Aggressionskrieg teilnehme.

Im Rahmen seines kurzen Vortrages setzte es sich der Referent zum Ziel, einen knappen Überblick zur Geschichte der DKP zu vermitteln, die gegenwärtig in der Partei stattfindende Debatte historisch einzuordnen und jene Fragen zu umreißen, die in der theoretischen Auseinandersetzung zu klären sind. Auf ideologische Meinungsunterschiede eingehend, vertrat Manfred Sohn die Auffassung, daß es sich bei Vorstellungen, gewissermaßen auf „Schleichwegen“ vom Kapitalismus zum Sozialismus gelangen zu können, um Illusionen handele. Die gesamte bisherige Geschichte der Menschheit lehre, daß die Entwicklung stets in revolutionären Schüben verlaufen sei. Das werfe die Frage der Dialektik von Reform und Revolution auf. Oder in den Worten Brechts: „Wir kämpfen um das Teewasser und um die Macht im Staat“. Und wenn letztere einstweilen weit weg sei, konzentrierten wir uns zunächst auf das Teewasser, ohne dabei die Macht aus dem Auge zu verlieren.

Auf die Entwicklung der DKP zurückblickend, betonte der Redner, das theoretische Werk Lenins habe zu den Grundlagen der Neukonstituierung der Partei gehört. Nach dem Heraustreten aus der Illegalität der kommunistischen Bewegung in Deutschland habe die DKP zunächst etwa 6 000 Mitglieder besessen. Bis 1980 sei deren Zahl auf etwa 30 000 angewachsen. Danach habe ein Abwärtstrend eingesetzt, für den es verschiedene Ursachen gebe. Manfred Sohn erinnerte an die positive Wirkung der auf dem Mannheimer Parteitag im Januar 1993 beschlossenen „Thesen zur Programmatischen Orientierung“ und forderte, daß der nun bevorstehende nächste Programmschritt den Aufwärtstrend der DKP fördern müsse. Dabei ginge Gründlichkeit vor Schnelligkeit, was zunächst die Klärung fundamentaler ideologischer Fragen erfordere.

Im Eingangsreferat wurde eine Reihe von Streitpunkten benannt, zu denen sich Manfred Sohn positionierte. Einige seien hier erwähnt.

Erstens gehe es darum, ob klassische marxistisch-leninistische Termini aufrechterhal-

ten oder außerhalb der Arbeiterbewegung entstandene Begriffe einen Platz in DKP-Dokumenten bekommen sollen. Die einen träten z.B. für die Verwendung des Leninschen Begriffs Imperialismus ein, andere bevorzugten Worte wie „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ zur Charakterisierung der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus.

Zweitens werde über den Handlungsspielraum nationaler Regierungen zur Veränderung der Machtverhältnisse unter den Bedingungen der internationalen Kapitalverflechtung debattiert. Der Rücktritt Lafontaines widerspiegeln auch die Weigerung der SPD, Konfrontationen mit den ökonomisch Herrschenden zu wagen oder gar zuzuspitzen.

Drittens müsse die Frage von Krieg und Frieden unter heutigen Bedingungen gründlich untersucht werden. Das Entstehen von Konflikten zwischen imperialistischen Staaten sei eine dem Imperialismus innewohnende Gesetzmäßigkeit.

Viertens drehe sich der Streit um Bewertung und Analyse des Sozialismus. Ohne Zweifel sei die DDR das beste Deutschland gewesen, das es bisher gab. Diese Aussage gewinne mit historischem Abstand immer mehr an Bedeutung. Die DDR habe 40 Jahre zur Friedenssicherung beigetragen. In der weiteren Perspektive müsse zu dieser Thematik volle Klarheit für einen neuen Anlauf gewonnen werden.

Fünftens gehe es um die Eigenständigkeit der kommunistischen Partei bei Wahlen, was auch die Möglichkeit von Konfrontationen mit der PDS einschließe.

Dem Referat Manfred Sohns folgte ein lebhafter Gedankenaustausch. Breiten Raum nahm dabei die Auseinandersetzung mit revisionistischen Auffassungen und Denkansätzen ein, die heute in der kommunistischen Bewegung festzustellen sind. Kritisch bewerteten Genossen den derzeitigen Zustand, der - wie sie meinten - einem weitgehenden Zusammenbruch der ideologischen Arbeit in der DKP gleichkomme. Im Zusammenhang mit der Programmarbeit forderten Diskussionsredner, man dürfe die gründliche Analyse der DDR nicht allein westdeutschen Wissenschaftlern überlassen, die deren Realitäten kaum aus eigener Erfahrung kennen. Hierzu gab es den Vorschlag, die vorhandenen Erfahrungen in einem Projekt „Schatztruhe DDR - Sicht auf 40 Jahre Sozialismus auf deutschem Boden“ zusammenzufassen. Einig war man sich in der Feststellung: Das Entscheidende an der DDR sei nicht ihr Scheitern, sondern ihre Existenz gewesen. Und auch darin stimmte man überein: Die ideologischen Fragen müssen sachlich diskutiert werden, bevor ans Programmschreiben gegangen werden kann.

Das Sonntagsgespräch mit Manfred Sohn kann als großer Gewinn verbucht werden. Es soll der Auftakt für weitere Debatten dieser Art sein.

Hartwig Strohschein

Das Referat von Manfred Sohn und eine Zusammenfassung der Diskussion können bei Günter Szalkiewicz (Tel.: 030/55 311 98) bezogen werden.

Die auf beiden Schultern tragen ...

Janusköpfe sagen Jein

Um es vorweg-zu-nehmen: Der PDS, die als einzige Bundestagspartei gegen die NATO-Aggression in Jugoslawien auftritt und gegen das Kriegskabinettt stimmte, gebührt Respekt. Für eine ihrem Politikverständnis nach reformistisch orientierte Partei mit sozialdemokratischer Tendenz ist das eine bemerkenswerte Haltung. Das Nein im Bundestag ist indes vor allem ein Verdienst jener Teile der PDS-Basis, die sich anti-imperialistische Positionen bewahrt haben - ein weiterwirkendes Ergebnis von 40 Jahren friedenserhaltender Politik der DDR. In der allgemeinen Genugtuung über das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier geht allerdings das zwiespältige Agieren der PDS-Führung, ablesbar am Auftreten des eigentlichen Parteichefs Gregor Gysi und des von ihm ermunterten ideologischen Vorpreschers André Brie, meist unter. Heute sind ein klares und entschiedenes Nein zum Aggressionskrieg und vorbehaltlose Solidarität mit dem Opfer der Aggression, dem jugoslawischen Volk, dessen demokratisch gewählter Präsident Slobodan Milosevic ist, das Gebot der Stunde. Doch kleinbürgerliche Politiker neigen instinktiv zum Taktieren. Das kann man auch an Gysis im allgemeinen couragierter Bundestagsrede vom 15. April, die vieles Wichtige und Richtige enthält, nachprüfen. Klopft man sie auf ihre Substanz ab, dann fehlt in ihr - mehr aber noch in den folgenden Erklärungen und Interviews des Politikers - eine entschiedene Verurteilung der NATO und ihrer führenden Personen als den Trägern der Aggression. Auf die klare Benennung der strategischen Ziele des Angriffskrieges wird bewußt verzichtet. Die bedingungslose Einstellung der Aggression gehört nicht zum Forderungskatalog des PDS-Fraktionsführers. Stattdessen wird ein Ende der Bombardierungen mit der Einstellung der „Vertreibungen“ der Kosovo-Albaner gekoppelt. Aggressor und Aggressionsopfer stehen gewissermaßen auf einer Stufe. Einige Beispiele mögen das illustrieren. Der mit einer Frage verbundenen Behauptung eines „taz“-Interviewers, Milosevic sei ein „Kriegsverbrecher“, widerspricht der eloquente Gysi nicht, sondern schränkt lediglich ein: „Milosevic ist kein verurteilter Kriegsverbrecher. Es gibt keine Anklagen, keine Beweise, kein Urteil - ich bin Jurist genug, um mich mit solchen Wertungen zurückzuhalten, auch wenn viel dafür spricht, daß 'Milosevic ein Kriegsverbrecher ist'“. Ich habe übrigens noch nirgendwo gelesen, daß es Gysi dazu gedrängt hätte, Clinton oder Schröder, dessen Parteifreunde Jospin in Paris oder D'Alema in

Rom - allesamt Anführer von Aggressionskabinetten - Kriegsverbrecher zu nennen. (Das blieb einer mutigen Mitarbeiterin des PDS-Pressebüros im Bundestag, auf die ich noch zu sprechen komme, überlassen.) Seinen Vorsatz, „sich zurückzuhalten“, hatte Gysi sehr schnell vergessen. Im ND vom 19. April gab er ganz im Stile der „völkischen“ Medienberichterstattung aus seinen Gesprächen mit Kosovo-Flüchtlingen deren Aussagen wieder, daß „eine systematische Vertreibung durch jugoslawische Armee und Polizei erfolgt“. Zu den Ursachen des Flüchtlingseleuds antwortete Gysi auf die suggestive Frage seines Interviewers, „Ausgangspunkt ist die Vertreibung ...“, mit einem eindeutigen: „Das ist ganz klar.“ Er unterstrich, daß „diese Vertreibungspolitik Menschenrechte größtenteils verletzt und auch verbrecherisch ist.“ Dann folgt Gysis Forderung, „daß Milosevic oder wer auch immer diese Kosovo-Politik umgehend beendet. Genauso muß die Bombardierung Jugoslawiens aufhören.“ Man beachte bitte die Reihenfolge, die ganz auf der Linie der NATO-Forderungen liegt. Angesichts des inzwischen von Brüssel offen verkündeten Aggressionsziels, Milosevic, den früheren Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, zu stürzen, darf man auch über die doppelböckige Formulierung des gewieften Advokaten nachdenken: „... Milosevic oder wer auch immer.“ Gysi wird von seinem Chefdenker Brie sekundiert, der in einem „Spiegel“-Interview nachgerade für den NATO-Überfall Verständnis zeigt (wobei er sich hütet, das adequate Wort Aggression zu benutzen und sich verharmlosend auf „Einsatz“, „Angriff“ und höchstens mal „Kosovo-Krieg“ beschränkt). Brie bezichtigt seine Partei einer „erschreckenden Passivität“ gegenüber Milosevic und verlangt von ihr, „mit SPD und Grünen differenzierter umzugehen“, da sie ja „zwischen zwei Übeln wählen“. Das spornte offensichtlich die Mehrheit der Berliner PDS-Fraktion zur Zweifrontenattacke an. In einem dem Stadtparlament von ihr vorgelegten Antrag hieß es: „Das Berliner Abgeordnetenhaus verurteilt die brutale Vertreibung des Milosevic-Regimes schärfstens - Militäraktionen sind jedoch die falsche Antwort darauf.“ Am schwersten aber wiegt wohl die Fortsetzung der direkten (Schwerin) oder indirekten (Magdeburg) Regierungszusammenarbeit mit der Kriegspartei SPD auf Landesebene. Nachdrücklich haben sich Gysi, Bisky, Brie und andere dafür ausgesprochen. Anderenfalls würde die für 2002

angestrebte Zusammenarbeit auf Bundesebene gefährdet. „Wir dürfen die Brücken in andere politische Parteien nicht abbrechen. Ohne SPD kann die PDS ihre Ziele doch nicht durchsetzen“, mahnt Brie. Die Mitarbeiterin des PDS-Pressebüros im Bundestag Doris Pumphrey hielt dem Sozialchauvinisten Brie in einem Offenen Brief entgegen: „Jugoslawien wird unter Mitverantwortung der SPD Tag und Nacht bombardiert und Du sorgst Dich um den Frieden mit dieser Kriegspartei.“ Dennoch - wir zollen der PDS für das von den Wählern erwartete und daher zwingende Bundestagsvotum ihrer Fraktion Anerkennung. Aber in die Zustimmung mischen sich auch Zweifel. Leute, die auf beiden Schultern tragen, sind leider nicht verlässlich. Denn Janusköpfigkeit tendiert nun einmal prinzipiell zum Jein.

Gerhard Feldbauer

Nach Redaktionsschluß Strafanzeige erstattet

Die Mitglieder der PDS-Fraktion der BBV von Berlin Weißensee haben jeder einzeln gegen Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin Strafanzeige wegen der gemeinschaftlichen Anstiftung zum Totschlag und zur fahrlässigen Tötung sowie wegen anderer rechtlicher Gründe erstattet.

Warnung

„Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer ... Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen. Und doch wird nichts mich davon überzeugen, daß es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen. Laßt uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Laßt uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Munde sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind. Und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Bertolt Brecht. Rede für den Frieden 1952
(ingesandt von Generalleutnant a.D. Karl Leonhardt aus der Haftanstalt Hakenfelde)

Auf der Suche nach Antworten zur Ökonomie der DDR

Die Lektion eines Kapitalisten

Im Jahre 1977 hatte ich mit einem Großunternehmer aus Barcelona zwei Wochen lang kommerzielle Verhandlungen. Betriebs-, Städte- und Wohnungsbesichtigungen wechselten mit lebhaften Diskussionen. „Ihren Wohnungsbau begreife ich“, erklärte er. „Sie wollen für jeden Bürger eine zwar nicht luxuriöse, aber solide Wohnung“. Er - Kapitalist - könne so nicht denken, er müsse Profit machen, auch mit Wohnungen, erläuterte mir der katalonische Gast den Unterschied zwischen Ziel und Mitteln im Kapitalismus und Sozialismus.

Anders verlief die Diskussion nach einer Werksbesichtigung. Er erkannte auf Anhieb unsere ökonomischen Widersprüche und organisatorischen Schwächen: Die Taktzeiten stimmten nicht überein, Arbeiter standen untätig herum, Technik war falsch eingesetzt ...

„Macht dieser Betrieb Gewinn? Ja? Wie ist das möglich?“ Er beute seine Arbeiter aus, aber sie seien fleißig - für ihn. „Ihre Leute arbeiten für sich selbst, sie werden nicht ausgebeutet, aber sie bummeln herum. Wie kommt das?“ Meine Darlegung, er hätte es leicht, die Arbeiter zu disziplinieren, wer nicht spure, fliege, akzeptierte er. Daß die Arbeiter im Sozialismus nur sich selbst disziplinieren können und daß nicht alle das bereits begriffen hätten, erschien ihm als unsere Archillesferse.

Am Ende des langen Dialogs sprach der Geschäftsmann aus Barcelona nicht über „Freiheit und Demokratie“, sondern zu meiner Verblüffung folgenden Monolog: „In der DDR wurde Einmaliges geleistet: Es gibt niemanden, der hungert, während - auch in Industriestaaten - Millionen Menschen im Elend leben und betteln. Jeder hat eine Wohnung, manchmal eine schlechte, aber immerhin: Die Obdachlosigkeit zu beseitigen, ist eine historische Leistung. Die DDR verfügt über ein einmaliges Bildungswesen, das jedem, wirklich jedem ein hohes Wissensniveau ermöglicht. Das Gesundheitswesen ist zwar technisch nicht auf dem neuesten Stand, aber es garantiert jedem eine medizinische Betreuung ohne finanzielle Nötigung“.

Mit jedem Satz wuchs ich um zwei Zentimeter. Dann kam der Hieb: „Bringen Sie Ihre Ökonomie in Ordnung und der Sozialismus ist unschlagbar.“ Ich bekam einen Schreck: Also waren wir schlagbar.

Diese Lektion eines Kapitalisten hat mich seit 1977 veranlaßt, mir immer wieder bestimmte Fragen vorzulegen: Was ist die Ursache für unseren ökonomischen Rückstand gegenüber den imperialistischen Hauptländern? Warum können wir ihn nicht überwinden? Machen wir Fehler? Die an-

deren begehen doch noch viel mehr „Fehler“, aber sie entwickeln sich munter weiter. Ist es unsere Borniertheit? Ist es die hysterische Planerei eines Günther Mittag, die mit der Engels'schen Planung der gesellschaftlichen Entwicklung nichts mehr gemein hat? Ist es etwa die Dummheit von Arbeitern, die einfach nicht begreifen wollen, daß es sich um ihr Eigentum handelt, mit dem sie so sorglos umgehen?

Einige Antworten zeichneten sich schon bald ab, aber heute wird vieles klarer. Das subjektive Tun oder Lassen hat zweifellos großen Einfluß. Fehler sind schädlich. Darüber können die „Geschichtsaufarbeiter“ ganze Bibliotheken füllen. Zum Beispiel haben die unentwegten Planänderungen das Vertrauen in den Sozialismus untergraben. Aber letztlich entscheidend, ausschlaggebend sind objektive Faktoren.

Das imperialistische Westdeutschland verfügte keineswegs über eine höhere Effektivität, wie uns einige Ideologen weismachen wollen, sondern basierte nur auf einer ungeheuren Brutalität. Es besaß Akkumulationsquellen, die es ihm gestatteten, die wissenschaftlich-technische Revolution voranzutreiben, gleichzeitig die Kriegsrüstung auf den neuesten und höchsten Stand zu bringen und überdies auch noch soziale Zugeständnisse zu machen, die die Leistungen des Sozialismus auf einigen Strecken sogar überflügelten. Es handelt sich um Akkumulationsquellen, über die der Sozialismus nicht verfügt und niemals verfügen kann: Die Ausbeutung ganzer fremder Völker, ganzer Erdteile - mit Profitraten, die zwei bis zehnmal höher sind, als im eigenen Land!

Wenn dem so ist, kann dann der Sozialismus überhaupt siegen? Hier gilt der Satz aus dem Kommunistischen Manifest: „Das Proletariat ... wird der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital ... entreißen.“ Aber dieser Prozeß ist 1973 mit dem Sieg der Konterrevolution in Chile zum Stillstand gekommen. Und Stillstand bedeutet Niederlage.

Die Fragen, die ich mir seit 1977 immer wieder gestellt habe, und die Denkrichtung für die Antworten darauf, gelten heute noch immer.

Erstens: Um die letztlich ökonomischen Ursachen der Niederlage der sozialistischen Revolution (von 1917 bis 1985) zu erfassen, sollten wir uns nicht vordergründig mit Honecker und dem Politbüro befassen, sondern mit der Akkumulation in Ost und West, der Verwendung ihrer Mittel und der ideologischen Widerspiegelung ihrer Ergebnisse in den Köpfen der Menschen, d.h. mit dem Wechselspiel von Politik und

Ökonomie, von Lebensbedingungen und Ideologie.

Zweitens: Erforschung der Geschichte bedeutet Analyse der Abläufe des äußerst harten Klassenkampfes, der uns aufgezungen wurde und wird. Der Sozialismus entsteht nicht in der Retorte. Ein Vergleich mit Laborbedingungen fällt immer zu Lasten der Wirklichkeit aus. Die Ideologie des Sozialismus ergreift die Massen erst vollständig auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse. Aber die gleichen Produzenten sollen und müssen die Verhältnisse erst schaffen.

Wie man diesen Widerspruch lösen kann - darüber sollten Kommunisten nachdenken, statt illusionäre „Vorstellungen“ über den Sozialismus aufzuschreiben.

Norbert Pauligk

Besucht die Veranstaltungen des Marx-Engels-Clubs der DKP Berlin

26.5.1999 Vorstellung des DKP-Gesundheitsprojekts in Matanzas. Ausstellung, Bericht, Diskussion, Cubanisches Essen, Lateinamerikanische Musik

9.6.1999 Die Kraniche ziehen. Sowjetischer Spielfilm (1957). Gesprächspartnerin: Hanna Podymachina (Oberleutnant der Sowjetarmee)

23.6.1999 Der Reichstagsbrandprozeß. Filmausschnitte „Der Teufelskreis“. Gespräch mit Erich Selbmann zum 50. Todestag von Georgi Dimitroff

**Immer um 19.30 Uhr im Raum
306, Franz-Mehring-Platz 1**

**Die Familie der DKP-
Zeitungen im Osten hat ein
Schwesterchen bekommen!
Eskam in Erfurt zur Welt und
heißt**

„Thüringenreport“.

**Hals- und Beinbruch, liebe
Genossen!**

Eure Berliner „RotFüchse“

Führende Rolle der Partei - ein alter Hut?

Die Klasse braucht die Kommunisten

Während meiner Arbeit als Parteisekretär in Betrieben des Bergbaus, der Metall- und Elektroindustrie habe ich niemals Leute bedröht, Mitglied der SED zu werden. Ich habe mit ihnen diskutiert, dafür gesorgt, daß sie Verantwortung übernehmen, z.B. im FDGB, in der FDJ, in Frauenausschüssen. Wenn sie dann eines Tages kamen und eintreten wollten, sagte ich: „Überleg dir das genau. Wenn du Mitglied unserer Partei wirst, mußt du in jeder Situation, dein ganzes Leben lang, die gesellschaftlichen Interessen zuerst wahrnehmen und ihnen deine persönlichen Interessen unterordnen. Wenn du meinst, daß du das kannst, dann hol dir den Aufnahmeartrag.“

Auf diese Weise wuchs die Parteiorganisation des VEB Kühlautomat in Berlin-Adlershof (Belegschaft etwa 700 Kollegen und 300 Lehrlinge) zwischen 1952 und 1953 von 61 auf 72 Genossen. Der BGL-Vorsitzende und die Vorsitzende des Frauenausschusses waren parteilos. Aber der Einfluß unserer Genossen war so groß, daß wir am 17. Juni 1953 den Versuch eines Sozialdemokraten (offensichtlich eines Agenten des SPD-Ostbüros), den Betrieb stillzulegen („Streik“ traute er sich nicht zu sagen) in offener Auseinandersetzung und unterstützt von einer großen Mehrheit der Belegschaft verhindern konnten. Die meisten Kollegen hörten auf uns, nicht auf den RIAS.

Die Rolle der Partei, ihre führende Rolle, ergibt sich objektiv aus der historischen Mission der Arbeiterklasse, den Kapitalismus zu überwinden. Da heute sogar bezweifelt wird, ob es überhaupt noch eine Arbeiterklasse gibt bzw. weiterhin geben wird - einige Bemerkungen dazu.

Es ist eine Tatsache, daß sich die Arbeiterklasse im Laufe dieses Jahrhunderts wesentlich verändert hat. Zu ihr gehören sowohl die analphabetischen indischen Kinder, die unter ihre Gesundheit zerstörenden Bedingungen Teppiche knüpfen, als auch hochqualifizierte, materiell recht gut gestellte Arbeiter, Ingenieure, Angestellte einer Fabrik, die Computerausrüstungen herstellt.

Daß alle Arbeiter gemeinsame grundsätzliche Interessen haben, war noch leicht zu begreifen, wenn man an die Proletarier auf Adolph von Menzels Bild „Eisenwalzwerk“ aus dem Jahre 1875 denkt. Heute bestehen immense Unterschiede nicht nur zwischen den oben genannten Teilen der Arbeiterklasse, sondern auch zu den sogenannten Selbständigen: Arbeiter, die den gebrauchten LKW des aufgelösten Fuhrparks ihres Unternehmens auf Bankkredit gekauft haben, Inhabern kleiner Werkstätten, Einmann-Ingenieurbüros, die jetzt von den Banken ausgebeutet werden. Unterschiedliche Lage bringt auch unterschiedliche aktuelle Ziele hervor: Der indischen Straßenarbeiterin geht es ums Essen, ums nackte

Überleben, dem Siemens-Monteur um 2,5 oder 2,8 Prozent mehr Lohn.

Kann man erwarten, daß all diese Menschen, ob indische Kinder, polnische Hilfsarbeiter, hochbezahlte ICE-Lokführer von allein, durch eine Art Erleuchtung, ihre grundsätzlichen, gemeinsamen Klasseninteressen erkennen? Die Antwort kann nur lauten: Nein! Die Arbeiterklasse bedarf einer Gruppe von Menschen, einer Organisation, die das Wesen der Gesellschaft versteht und ihr den Weg vom „Verteilungskampf“ zur Umgestaltung der Verhältnisse weist: einer marxistisch-leninistischen Partei.

Daß es ohne die führende Rolle der Partei nicht geht, zeigt z.B. die Niederlage in der Novemberrevolution 1918. Nach dem Sterben in den Schützengräben und dem Hunger in der „Heimat“ forderten die bewaffneten Arbeiter: Weg mit Kaiser, Krupp, Kadetten! Aber eine Partei, die den Weg dahin wies, der von der revisionistischen Sozialdemokratie verschleiert und versperrt wurde - die KPD - gab es erst seit dem 1. Januar 1919! Es fehlte die Partei neuen Typus, wie sie von Lenin schon 1903 gebildet worden war, der entscheidende Schritt in der Geschichte der Arbeiterbewegung, die Voraussetzung für den Oktober 1917 und die Bildung der Sowjetunion. Ohne eine solche Partei können die entscheidenden Fragen der Menschheit heute nicht mehr gelöst werden.

Das gilt nicht nur für die Zeit, in der die politische Macht des Finanzkapitals zu brechen ist, sondern auch für die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft. Es gibt keinen Traumsozialismus, der sozusagen spontan von edlen Menschen herbeigezaubert wird. Es handelt sich um den kompliziertesten Prozeß in der Menschheitsgeschichte!

Walter Ulbricht analysierte sorgfältig die verschiedenen Etappen der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Er betonte, daß dank des gesellschaftlichen Eigentums keine antagonistischen Widersprüche zwischen betrieblichen, zweiglichen, örtlichen und volkswirtschaftlichen Interessen mehr bestünden. „Dennoch lehrt uns die Erfahrung ... , daß zwischen den Teilsystemen der Volkswirtschaft und innerhalb dieser Systeme immer wieder neue Widersprüche auftreten, die wir lösen müssen“, erklärte er 1967. Wer kann sie lösen, und wie? Die Partei, ihre Mitglieder, die immer von den gesamtgesellschaftlichen Interessen ausgehen, sie über die betrieblichen oder kommunalen stellen und durch Überzeugungsarbeit der Genossen sowie mittels des Arbeiter- und Bauern-Staates durchsetzen.

Die wichtigste Entscheidung und damit der wesentlichste Widerspruch lautet: Welchen Anteil am erzeugten Wert erhält die Belegschaft eines Betriebes als Lohn, wieviel der Betrieb, um die Produktion fortzusetzen,

verschlossene Produktionsmittel zu ersetzen, für neue zu investieren und zu forschen, und wieviel erhält die Gesellschaft, um große Projekte zu verwirklichen und entsprechende Investitionen vorzunehmen, das Bildungs- und das Gesundheitswesen sowie Verteidigung und innere Sicherheit zu finanzieren? Diese Entscheidung kann nicht vom Gesichtspunkt eines einzelnen Betriebes, sondern nur mittels staatlicher Planung getroffen werden. Wie sollen denn die Arbeiter einer Schuhfabrik beurteilen, was die Gesellschaft für die Entwicklung neuer ökologischer Energieerzeugungssysteme braucht?

Die führende Rolle der Partei ist um so notwendiger, als es bei der Gestaltung einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft natürlich nicht nur um die Ökonomie geht, sondern um das Voranbringen aller Bereiche. Das bedingt eine ständige Entwicklung des Staates und seiner wirtschaftlich-organisatorischen wie kulturell-erzieherischen Funktion, wobei die Wechselwirkungen, die Widersprüche zwischen den einzelnen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erkannt und gelöst werden müssen. Sozialismus ist keine Urgesellschaft, wo sich alle Angehörigen eines Stammes versammeln und über alles gemeinsam entscheiden.

Walter Ulbricht befaßte sich 1966 in Halle mit einem der nichtantagonistischen Widersprüche und seiner Lösung: „Als Werktätiger ist der Arbeiter an hohem Lohn ... , als Verbraucher sind er und seine Frau an niedrigen Preisen der Konsumgüter interessiert ...“. Die Lösung des Problems: Höhere Arbeitsproduktivität und so Senkung der Lohnstückkosten zum Nutzen der ganzen Gesellschaft.

Kann dies zur Richtschnur des Handelns von Millionen werden, wenn nicht Betriebspartei-kollektive es den Kollegen erklären und die Genossen es ihnen vorleben?

Führende Rolle heißt nicht, daß alles und jedes von Parteiorganisationen entschieden, geregelt, vorgeschrieben wird. Nein, es geht gerade darum, den Kollegen das Wesentliche so zu erklären, daß sie aus eigener Verantwortung im Interesse der Gesellschaft handeln. Aber das bedarf ständig offener Diskussion, Kritik, Kontrolle der entsprechenden Beschlüsse.

Neben vielen anderen Ursachen, die zur Niederlage (nicht zum Scheitern!) des Sozialismus (in Europa) führten, war es vor allem das Verschweigen und Vertuschen der Widersprüche, die sich entwickelt hatten. Die Menschen verstanden uns nicht mehr. Das Vertrauen ging verloren. So konnten die Genossen die führende Rolle der Partei nicht verwirklichen. Die führende Rolle übernahm die D-Mark.

Walter Florath

(gekürzte Fassung eines Artikels aus „Der Rote Brandenburger“ Nr. 4/99)

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (8)

Engels zu revolutionärer Parlamentstaktik

Die internationale Arbeiterbewegung verfügt über eine mehr als hundertjährige Erfahrung in parlamentarischer Tätigkeit. Besonders hervorzuheben ist dabei das Geschick August Bebels, wohl des bedeutendsten revolutionären Parlamentariers des 19. Jahrhunderts.

In seinen Spätschriften und Altersbriefen hat sich Friedrich Engels zu einer Reihe wichtiger Probleme der parlamentarischen Tätigkeit revolutionärer Parteien geäußert. Auch heute noch, nach 100 Jahren, scheinen mir seine hauptsächlichsten Überlegungen zu dieser Thematik von Gewicht zu sein, und zwar unabhängig davon, daß es z.Z. in Deutschland keine Abgeordneten einer kommunistischen Partei im Bundestag oder in Länderparlamenten gibt. Einige wenige DKP-Abgeordnete gehören heute Kommunalvertretungen sowie zwei Berliner Stadtbezirksverordnetenversammlungen an. Aber diese Situation kann sich ja mittelfristig ändern. Zu den Problemen:

1. Wie ist das Verhältnis von Parteiführung und Parlamentsfraktion zu gestalten? Soll die Parlamentsfraktion die Führung der Partei übernehmen? Die Parlamentsfraktion, so Engels, „ist eine sehr wichtige Macht.“ Erfahrungen am Ausgang des 19. Jahrhunderts lehrten jedoch, daß eine „Anzahl rechter Spießer“ die Majorität in der Fraktion bilden und sich an die Spitze der Partei setzen konnten. Aber Opportunisten gibt es nicht nur in der Parlamentsfraktion. Leute dieses Schlages können auch in der Parteiführung, unabhängig von der Fraktion, die Mehrheit gewinnen. Der Kampf gegen den Opportunismus ist also in allen Parteigremien zu führen. Es kommt darauf an, eine „wirklich proletarische Repräsentation“ zu schaffen, die „richtigen Leute“ ins Parlament zu schicken.

Die Frage ist demnach nicht abstrakt zu stellen, ob Fraktion oder Parteivorstand führen sollte. Es geht konkret darum, daß Opportunismus weder hier noch dort zu dulden ist; seine Träger dürfen die Partei nicht führen und zugrunderichten.

2. Kann eine revolutionäre Partei mit bürgerlichen Parteien politisch zusammenarbeiten? Darf sie Wahlverträge mit anderen Parteien abschließen? Dies hielt Engels unter bestimmten Bedingungen für möglich. Sie solle die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien für proletarische Interessen nutzen, deren Maßregeln unterstützen, wenn diese einen Fortschritt im Sinne der ökonomischen Entwicklung bedeuten oder zur Erweiterung politischer Freiheiten führen.

3. Sollen die Abgeordneten der revolutionären Partei gegenüber Regierungsvorlä-

gen in der „reinen Negation“ verbleiben oder können sie, und wie weit, „konstruktiv“ an der Regierungspolitik teilnehmen? Engels hielt solche Möglichkeiten in seiner Zeit für „sehr eng begrenzt“ und nannte einige Grundkriterien dafür: Keine Stärkung der Regierung, Erreichen von Vorteilen, Verbesserungen für die Arbeiterklasse. Die Fraktion sollte solche sozialistischen, zum Sturz der kapitalistischen Produktionsverhältnisse führenden Maßregeln vorschlagen, „die sachlich-praktisch, aber für diese Regierung unmöglich sind.“

4. Filippo Turati, der Führer der italienischen Sozialisten, bat Engels um seine Meinung, ob revolutionäre Parteien nach einer bürgerlich-demokratischen Revolution an einer bürgerlichen Regierung teilnehmen sollten. Engels antwortete: „Das ist die größte Gefahr!“ (Fettdruck bei Engels) Er fügte allerdings hinzu, dies sei seine ganz persönliche Meinung, die er „mit größter Zurückhaltung“ äußere. Die Anwendung von Prinzipien der „allgemeinen Taktik“ müsse stets unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen erfolgen und „an Ort und Stelle entschieden werden.“

Lenin stand nach Ausbruch der demokratischen Revolution in Rußland 1905 vor dem gleichen Problem. Er hielt - im Gegensatz zu den Anarchisten und in Abgrenzung von den Opportunisten - eine Teilnahme für „prinzipiell zulässig“, unterschied dies aber zugleich von der „praktischen Zweckmäßigkeit“. Lenin nannte drei Bedingungen für eine solche Teilnahme:

- a) Alle konterrevolutionären Anschläge zu bekämpfen, die selbständigen Interessen der Arbeiterklasse zu wahren;
- b) Strenge Kontrolle der Partei über ihre Bevollmächtigten in der Regierung;
- c) Wahrung der Unabhängigkeit der Partei.

Sowohl Engels auch auch Lenin wandten sich entschieden gegen jede Unterordnung der revolutionären Partei unter irgendeine bürgerliche Partei, gegen jedweden Opportunismus, gegen Aufgabe von Klasseninteressen oder gar des sozialistischen Ziels, da dies zur Zerstörung der Partei führen müsse - was in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts - z.B. im Falle der KP Finnlands und der FKP - seine tragische empirische Bestätigung fand.

5. Maßstäbe und Grundprinzipien revolutionärer Parlamentstaktik:

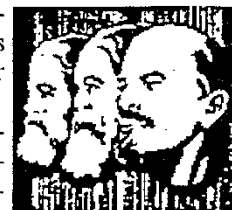
Wahrung des proletarischen Charakters der Partei und ihrer Selbständigkeit.

Alle taktischen Fragen sind dem Ziel - der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse - untergeordnet. Engels bezeichnete es als Unsinn, in taktischer Hinsicht „eine für alle Fälle gültige Regel aufstellen zu wollen.“ „Unsere erste Forderung ist die Sozialisierung aller Produktionsmittel und Produktionsinstrumente. Zwar akzeptieren wir alles, was uns irgendeine Regierung gibt, aber nur als Abschlagszahlung, für die wir keinen Dank schulden. Wie stimmen immer gegen das Budget und gegen jede Forderung von Geld oder Menschen für die Armee.“

Aber selbst diese Grundprinzipien dürfen nicht als Schablone unter allen Bedingungen angewandt werden. Engels verwies auf die Stimmenthaltung der von Bebel geführten Parlamentsfraktion 1870 zur Frage der Kriegskredite bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges. Eine Verweigerung der Kredite hätte eine Anerkennung der Politik Napoleons III. bedeutet, Zustimmung dagegen ein Ja zur Politik Bismarcks. Stimmenthaltung war in diesem Falle eine parteilich richtige Haltung, die von Marx und Engels voll gebilligt wurde.

Ulrich Huar

Lesempfehlung: Engels an Gerson Trier (Entwurf) 18. 12. 1889 in: MEW 37/326-328; Engels (Die künftige italienische Revolution und die Sozialistische Partei) in: MEW 22/439-442



Ein wichtiges Buch zur Spurensicherung

Wie war das mit dem 17. Juni 1953?

Unlangst ist vom GNN-Verlag das bemerkenswerte Arbeitsergebnis einer Unabhängigen Autorengemeinschaft vorgelegt worden. Es handelt sich um den Sammelband „So habe ich das erlebt“, von dem ich nicht wieder loskam, bevor ich auch die letzte Seite gelesen hatte. 80 Autoren geben für Zeitgenossen und nach uns Kommende öffentlich zu Protokoll, wie sie in den verschiedensten Gegenden der noch nicht einmal vier Jahre alten Deutschen Demokratischen Republik den 16. und 17. Juni 1953 erlebt haben. Darunter befinden sich knapp skizzierte Lageeinschätzungen und kurze Erlebnisberichte, aber auch größere Beiträge wie die aus der Feder des früheren Parteisekretärs in Großbetrieben Walter Florath und des Schriftstellers Arnold Eisensee oder Kurt Gossweilers Beleuchtung der Hintergründe des Geschehens. Es ist mir kaum vorstellbar, daß jemand, der irgendwann und irgendwo bewußt mit dafür gewirkt hat, zunächst die antifaschistisch-demokratische und dann die erste sozialistische Gesellschaft auf deutschem Boden unter schwierigen Bedingungen zu errichten, von diesen Reportagen nicht ergriffen wäre.

Hätte der 17. Juni 1953 - egal, ob man die Ereignisse als faschistischen Putsch, Explosion angestauter bzw. spontaner Unzufriedenheit oder Ansatz zu einer Konterrevolution wertet - zum Erfolg geführt, wäre die DDR vermutlich schon damals von der politischen Bühne verschwunden.

Die Konflikte von 1989 existierten im Kern auch schon 1953 - das ist die große Einsicht, die indirekt vermittelt wird. Aus der Geschichte der UdSSR und der DDR von 1917 bzw. 1945 bis 1989/1991 gibt es mehr zu lernen, als Marx und Engels aus nur drei Monaten Herrschaft und aus der Niederlage der Kommune von Paris 1871 schlußfolgern konnten. Diese Arbeit ist mit Blick auf die jüngste Niederlage von Sozialisten und Kommunisten noch längst nicht getan - vor allem nicht organisiert und zielstrebig genug! Die genannte Autorengemeinschaft mit Ursula Münch hat einen seriösen Beitrag dazu geleistet.

Die Vorzüge der Veröffentlichung werden dem Leser offenkundig: Die Berichte sind ehrlich und ungeschminkt, sie stammen aus verschiedenen Regionen, vielen Lebensbereichen und unterschiedlichen Entscheidungsebenen (bis zur Regierung) der jungen DDR. Deren

klassenkampfgeprägtes Verhältnis zur BRD und Westberlin (im RIAS wirkte damals Chefredakteur Egon Bahr!!!) und deren Beziehungen zur Sowjetunion im letzten Lebensjahr Stalins sowie kurz danach werden beleuchtet.

Dem Leser wird deutlich, daß die größte innere und damit zugleich auch äußere Sicherheit für die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in der wirklichen (nicht von der Spitze her deklarierten) Massenverbundenheit der Regierung, der Parteien und der Volksvertretungen aller Verantwortungsebenen besteht. (Das zeigen auf anschauliche Weise vor allem Cuba und in wachsendem Maße auch China.)

Deutlich wird in der faktenreichen Darstellung der Autoren, daß imperialistische Stör- oder Liquidierungsversuche gegen ein sozialistisches Land dann ohne Erfolg bleiben, wenn es im Inneren (und seien die materiellen Bedingungen auch nicht gerade die günstigsten) ein offenes und ehrliches Verhältnis zwischen staatstragenden kommunistischen Parteien und Staatsorganen einerseits und werktätiger Bevölkerung andererseits gibt. Es muß sich auf die Praktizierung ein und desselben Rechtssystems für alle Bürger stützen, seien sie Minister oder Fabrikarbeiter. Öffentliche Kritik und Selbstkritik sind unerläßlich.

Aber auch das entnehmen wir dem Buch. Werktätige, noch dazu, wenn sie zu begründetem Denken und Handeln motiviert worden sind, lassen sich in einem sozialistischen Land nicht „verschaukeln“. In einem solchen Falle können sie bisweilen sehr zornig werden. Wird ihr Vertrauen nicht mißbraucht, sondern gerechtfertigt, sind sie im Gegenfall zu vielen Opfern bereit. Das sind auch meine persönlichen Erfahrungen.

Daß die öffentlichen Angelegenheiten in einer sozialistischen Gesellschaft durch Abgeordnete, Repräsentanten und zentrale Leitungen planmäßig und zielstrebig geführt werden müssen, war für die Menschen in der DDR durchaus einzusehen. Selbst in den schwierigsten Stunden und Minuten - so auch 1953 - standen in den produktiven wie in den Sicherheitsbereichen weitaus mehr Bürger für ihr Land ein, als mancher annimmt. Im Herbst 1989 warteten sie - wie jahrelang gewohnt - auf klare und eindeutige Positionen und Richtlinien einer Zentrale, die aber in kritischsten Zeiten völlig sprachlos blieb.

Es ist dem Buch zu wünschen, daß es viele Leser findet, bevor sich im Juni 1999 neue Herrschende und Mächtigenopfer oder -kämpfer des 53er „Volksaufstandes“ im Zentrum Berlins wieder auf ihre Weise des Themas bemächtigen.

Wir sollten im 50. Gründungsjahr unserer Republik das Potential an richtigen Einsichten und Erkenntnissen erweitern - auch mit Hilfe des genannten Buches, das eine nützliche politisch-ideologische Waffe ist. Das sind wir denen schuldig, die fleißig und selbstlos die DDR erbaut und vorangebracht haben.

Eike Kopf

Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953. Mit dem Eisensee-Report „Funkstudio Stalinallee“. GNN-Verlag Schkeuditz 1999. 364 Seiten. 29,80 DM. ISBN 3-932725-80-8

Der fehlende Satz

„Sie gaben ihr Leben für euer Glück“. So lautete der sauberlich entfernte Satz am Eingang des sowjetischen Ehrenmals in Schönholz, an dem sich auch in diesem Jahr zum 8. Mai zahlreiche Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten trafen, um der 13 200 Rotarmisten zu gedenken, die wenige Tage vor Kriegsende in der Schlacht um Berlin ihr Leben hingaben und hier bestattet sind.

Besorgt und empört fragen sich Besucher der Gedenkstätte, wes Geistes Kind die verantwortlichen Politiker sind, die mit preußischer Akkuratheit die deutsche Inschrift entfernen ließen und dem Zerfall des gleichlautenden russischen Textes wie auch mutwilligen Zerstörungen im Monument vertragsbrüchig zusehen. Die BRD hatte sich nämlich ausdrücklich zum Erhalt der sowjetischen Ehrenmale in Deutschland verpflichtet.

Logisches Denken läßt nur eine Antwort zu: Die jetzt bei uns Herrschenden wollen die historische Wahrheit aus dem Bewußtsein der Menschen tilgen, daß es sowjetische Soldaten waren, die unter Einsatz und Hingabe ihres Lebens 53 Jahre Frieden für Europa erkämpften.

Widerstand ist angesagt - gegen das Austilgen eines Satzes und gegen die Bomben des neuen Krieges.

Hartwig Strohschein

Über die „Demokratiedefizite“ in der DDR

Ein Unikat: Konfliktkommissionen

In der DDR bestanden Konfliktkommissionen, die sich von rein betrieblichen Einrichtungen zu gesellschaftlichen Gerichten entwickelten und im gesamten sozialistischen Lager einmalig waren. Doch zunächst sei kurz über deren Vorgeschichte berichtet.

1945 mußten erst einmal Strukturen geschaffen werden, mit denen der Prozeß des Neubeginns in Gang gebracht werden konnte. Am 10. Juni 1945 wurden mit dem SMAD-Befehl Nr. 2 auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone nicht nur demokratische Parteien, sondern auch Gewerkschaften zugelassen. Diese gründeten sich in den folgenden Wochen und schlossen sich im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund zusammen. Der gleiche Befehl sowie Artikel 11 des Kontrollratsgesetzes Nr. 1 bestimmten, die faschistische Arbeitsgesetzgebung zu beseitigen. Gesetze und Normen dieses Charakters waren nicht mehr anzuwenden.

Das neu zu bildende Tarifsystem - um nur ein Problem herauszugreifen - hatte die Abschaffung aller bestehenden Diskriminierungen aufgrund von Rasse, Nationalität, Geschlecht oder Alter zu gewährleisten, den Einfluß der Gewerkschaften auf die Festlegung der Löhne, die Verteilung nach Leistung usw. zu sichern (Frauen erhielten zuvor bis zu 25 Prozent weniger Lohn oder Gehalt als ihre männlichen Kollegen.) Der Befehl Nr. 253 der SMAD vom 17. August 1946 hob solche Unterschiede - übrigens auch für Jugendliche - auf.

Nach der 1946 per Volksentscheid in Sachsen und Thüringen beschlossenen und darüber hinaus analog vollzogenen Verstaatlichung vor allem von Betrieben der Kriegs- und Naziverbrecher war 1947 in den Ländern der SBZ das Recht auf Arbeit in die Verfassungen aufgenommen worden.

Betriebsräte hatten sich in der SBZ spontan gebildet, ihre Existenz wurde durch das Kontrollratsgesetz Nr. 22 vom 10. 4. 1946 legalisiert. In Ostdeutschland war sie jedoch nicht von langer Dauer. An ihre Stelle traten durch Beschluß des Bundesvorstandes des FDGB im November 1948 Betriebsgewerkschaftsleitungen. Auf die negativen Folgen dieser Entscheidung kann hier nicht eingegangen werden.

Zu Beginn des Jahres 1946 war durch SMAD-Befehl und Kontrollratsgesetz die Arbeitsgerichtsbarkeit wiedererrichtet und für das Gebiet der DDR durch Verordnung vom 30. 4. 1953 nach der Bezirkseinteilung territorial neu gegliedert worden. Zeitgleich wurde die Bildung von Konfliktkommissionen bestimmt. Dieser Schritt erfolgte auf Initiative des FDGB. Die Gewerkschaften erhielten mit beiden Verordnungen weitgehende Möglichkeiten, Einfluß auf die Lösung arbeitsrechtlicher Konflikte zu nehmen.

Grundgedanke für die mögliche Tätigkeit der KK war die Überlegung, daß sich durch die Entstehung von Volkseigentum auch der

Charakter der Arbeitsstreitfälle verändert hatte, so daß für deren Lösung neue Wege beschritten werden mußten. Die Arbeitsrechtskonflikte sollten von sach- und rechtskundigen Werktätigen, die das Vertrauen ihrer Kollegen genossen und fähig waren, schnell und gerecht zu entscheiden, behoben werden.

Die KK setzten sich zunächst aus je zwei von der BGL und der Betriebsleitung benannten Vertretern zusammen. Zu diesem Zeitpunkt waren sie für alle Arbeitsstreitfälle mit Ausnahme solcher zuständig, die sich aus reinen Leitungsentscheidungen ergaben. Ab 1961 wurden die KK - nun aus 8 bis 15 Mitgliedern bestehend - von allen Betriebsangehörigen gewählt.

Die Arbeit der Konfliktkommissionen vollzog sich in Beratungen, die öffentlich durchgeführt wurden und in der Regel großes Interesse bei den Kollegen des betroffenen Bereiches fanden. Die KK hatten das Recht und die Pflicht, den Sachverhalt und seine Hintergründe umfassend aufzuklären, dazu die notwendigen Unterlagen beizuziehen, Zeugen zu vernehmen usw. Ihre Entscheidungen ergingen in Form eines Beschlusses, der einstimmig gefaßt sein mußte. Kam er nicht zustande, so galt der Fall als ungelöst und den Konfliktparteien stand nun der Weg zum Arbeitsgericht offen.

Man kann davon ausgehen, daß rund 85 Prozent aller Fälle durch die KK ohne Einspruch entschieden wurden. Die vor den Kammern für Arbeitsrecht angefochtenen restlichen 15 Prozent hatten dort etwa zur Hälfte keinen Erfolg, so daß sich rund 90 Prozent der KK-Beschlüsse als zutreffend erwiesen. Wichtig war, daß die KK auch jene Umstände aufzuklären hatten, auf denen der Arbeitsrechtskonflikt beruhte. Ihre Erkenntnisse richteten sie in Form von Empfehlungen an die Leiter der Betriebe.

In der Folgezeit wurden die Kompetenzen der KK wiederholt erweitert. Seit 1961 konnte das Arbeitsgericht erst angerufen werden, wenn die Sache vor einer KK verhandelt worden war. Das machte diese praktisch zur ersten Instanz in Arbeitsrechtsverfahren. Außerdem wurde den KK die Behandlung geringfügiger Straftaten übertragen. Damit sollte die Kraft der Arbeitskollektive für den Kampf gegen die Kriminalität genutzt werden. Selbst wenn diese Aufgabe keinen besonders großen Raum in der Tätigkeit der KK einnahm, wurden die hierbei gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse sorgfältig beachtet und genutzt. Vor allem bei der Bildung von Schiedskommissionen in Genossenschaften, Wohngebieten usw., die nach dem Gesetz vom 11. 6. 1968 über die Gesellschaftlichen Gerichte erfolgte.

Deren Mitglieder waren in ihrer Arbeit unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz verpflichtet.

Gerda Klabuhn

Anzeige

Hilfe zur Selbsthilfe

Ausgangsstoffe für die Herstellung von Medikamenten in Kuba - diesem Anliegen widmet sich der im Juli 1998 in Berlin gegründete Verein *mediCuba-Deutschland e.V.* Gemeinsam mit Partnern aus weiteren europäischen Staaten, so aus der Schweiz, aus Frankreich, Luxemburg, Schweden, Finnland, Italien und Österreich, wird das Ziel verfolgt, durch die Bereitstellung entsprechender Ausgangsstoffe zu ermöglichen, daß die 24 wichtigsten Basismedikamente in Kuba selbst produziert werden können. Anlagen und qualifiziertes Personal stehen dort ausreichend zur Verfügung, denn bis 1989 wurde in Kuba mehr als 80% der inländischen Medikamentennachfrage durch Eigenproduktion abgedeckt. Das plötzliche Wegbrechen der ehemals sozialistischen Handelspartner sowie die weitere Verschärfung der fast vierzigjährigen Blockade der USA gegen den Inselstaat sind hauptverantwortlich für dessen dramatischen Devisenmangel und die damit verbundene Unmöglichkeit, die erforderlichen Grundstoffe selbst auf dem Weltmarkt in ausreichender Menge zu erwerben.

Doch Gesundheit ist ein Menschenrecht. Und um dieses Recht auch für die Bevölkerung Kubas bewahren zu helfen ist der gemeinnützige Verein *mediCuba-Deutschland e.V.* bundesweit tätig.

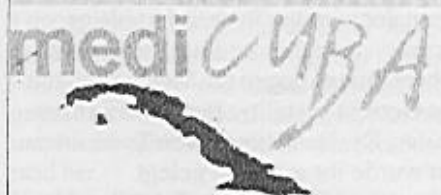
Gesundheit für alle

Im Rahmen einer europäischen Initiative zur Finanzierung von Ausgangsstoffen für die Produktion der wichtigsten Medikamente in Kuba sammeln wir u. a. für **Beclomaton**, das zur Herstellung von Asthmamitteln dringend benötigt wird.

Bitte unterstützen Sie unser Vorhaben durch Ihre Geldspende auf unser Konto bei der Sozialbank Berlin

BLZ: 100 205 00, Kto.-Nr.: 32 95 200. Für Spenden über 100,00 DM erhalten Sie auf Anforderung eine amtliche Spendenbestätigung.

mediCuba-Deutschland e.V.



Blankenfelder Straße 94/120, 13159 Berlin
Tel./Fax: (030) 9121096,
email: medicuba@gmx.de
<http://home.t-online.de/home/medicuba/index.htm>

Milde für Mörder Reinhold Huhn

Zweierlei Maß!

Der Gefreite der DDR-Grenztruppen Reinhold Huhn (20) wurde am 18. Juni 1962 in Ausübung seines Dienstes an der Staatsgrenze zu Westberlin von dem Westberliner Bürger Rudolf Müller kaltblütig erschossen. Müller war zuvor vom Grundstück des Springer-Verlages aus auf DDR-Staatsgebiet vorgedrungen. Erst nach über 36 Jahren ist es gelungen, den Mörder für seine Bluttat vor Gericht zu bringen. Inzwischen wurde das Urteil gesprochen.

Der stellvertretende Generalstaatsanwalt der DDR und heutige RA Hans Bauer gab zum Ausgang des Prozesses im Namen der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V. (GRH) eine Erklärung ab, die wir im folgenden dokumentieren:

In dem bisher einzigen Verfahren gegen einen Fluchthelfer, der 1962 den DDR-Grenzsoldaten Reinhold Huhn mit einer Schusswaffe getötet hatte, verhängte das Landgericht Berlin wegen Totschlags eine einjährige Freiheitsstrafe auf Bewährung. Damit blieb die Strafkammer weit unter dem Antrag des Staatsanwalts, der eine fünfjährige Gefängnisstrafe wegen Mordes gefordert hatte. Dem Gericht muß zwar bescheinigt werden, daß die Beweisaufnahme umfangreich und gründlich war; es fehlte ihm aber der Wille oder der Mut, den

Täter wegen Mordes zu verurteilen. Planung, Vorbereitung und Durchführung des Verbrechens, das Zusammenspiel von Staatsschutz und Medien sowie das Verhalten des Angeklagten M. nach der Tat haben in der Beweisaufnahme keinen Zweifel offengelassen, daß hier kein Totschlag, sondern ein Mord geschah. Zur Begründung eines minderschweren Totschlags suchte das Gericht nach Argumenten, die die Tat des Angeklagten milderten, vor allem seine subjektive Befindlichkeit stark berücksichtigten. (...) Was in politischen Strafverfahren gegen DDR-Bürger wegen des Regimes an der Staatsgrenze überwiegend unbeachtet bleibt - nämlich die äußeren und inneren Umstände des Geschehens -, wurde im vorliegenden Fall unverhältnismäßig zum Vorteil des Täters gewertet. Der Eindruck, daß mit zweierlei Maß gemessen wird, wurde durch diese Entscheidung erneut verstärkt.

Die GRH sieht keineswegs in der Höhe der Strafe den alleinigen Maßstab für Gerechtigkeit. Was Mord ist, sollte aber auch juristisch als Mord bewertet werden. Ein Beitrag zur Befriedung, wie ihn sich die Vorsitzende der Strafkammer in der mündlichen Begründung wünschte, dürfte mit diesem überaus milden Urteil nicht geleistet worden sein.

Ladung zum Strafantritt

Die frühere Volksrichterin in der DDR Irmgard Jendretzky ist 1997 in Leipzig rechtswidrig wegen angeblichen Mordes, versuchten Mordes und Freiheitsberaubung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die heute im 82. Lebensjahr stehende Antifaschistin, deren Vater und Bruder sich während der Nazi-Zeit in politischer Haft befanden, hatte 1950 in den sogenannten Waldheim-Prozessen als Richterin im Revisionsssenat der zweiten Instanz Urteile gegen Kriegsverbrecher und wegen faschistischer Untaten gegen die Menschlichkeit vor Gericht gestellter Personen zu überprüfen. Die Bestätigung von Todesurteilen wurde ihr zur Last gelegt. Schon die Verurteilung dieser hochbetagten und gesundheitlich angegriffenen Frau durch die deutsche Klassenjustiz bedeutete die pauschale Rehabilitierung der damals zurecht verurteilten Nazi-Verbrecher.

Die von Irmgard Jendretzky beantragte Revision des gegen sie ergangenen Urteils wurde verworfen. Jetzt hat die Antifaschistin - wie bekannt wurde - eine Ladung erhalten, im Juni 1999 trotz offenkundiger Haftunfähigkeit die mehrjährige Freiheitsstrafe anzutreten.

Entgegen allen Beteuerungen der BRD-Justiz ist ein Nachlassen in der Härte politischer Verfolgung verurteilter oder angeklagter DDR-Bürger nicht spürbar. Mit ihr wird unablässig gegen innerstaatliches Recht und Völkerrecht yerstoßen.

Wir fordern Freiheit für Irmgard Jendretzky und alle aus politischen Gründen gefangengehaltenen Antifaschisten, die sich noch immer hinter deutschen Gefängnismauern befinden!

Schluß mit der politischen Strafjustiz und sofortige Rehabilitierung der Verfolgten!

Kurt Andrä

Am Rande bemerkt

□ Vor 75 Jahren, am 21. 5. 1924, wurde in Smolensk der russische Schriftsteller **Boris Wassiljew** geboren. Er nahm zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges in einem Komsomolbataillon an den Kämpfen um Orscha teil. Im Herbst 1941 beendete er die Kavallerieschule der Volkswehr in Woronesh und kämpfte 1942 in den Reihen der Sowjetarmee. In den Kriegsjahren trat Wassiljew in die Militärakademie ein. Seit 1954 widmet er sich der Literatur - als Drehbuchautor, Dramatiker und Prosaschriftsteller. 1969 wurde seine Erzählung „Im Morgengrauen ist es noch still“ veröffentlicht, die zu den bewegendsten Zeugnissen über den Großen Vaterländischen Krieg zählt. In der DDR ist diese Erzählung unter dem Titel „Stille Dämmerstunden“ in der gleichnamigen Anthologie im Militärverlag in mehreren Auflagen erschienen.

Videoaufzeichnungen des nach dieser Erzählung gedrehten Filmes werden auch heute noch immer wieder gesucht. Manchem RotFuchs-Leser sind bestimmt die Bücher „In den Listen nicht erfaßt“ (Verlag Neues Leben, Berlin 1976) über den heldenhaften Kampf der Verteidiger der Brester Festung sowie „Und morgen war Krieg“ (Aufbau-Verlag, Berlin 1987; ebenfalls verfilmt) über das Leben einer Schulklasse am Vorabend des Krieges in Erinnerung.

□ Seinen 90. Geburtstag hätte **Louis Fürnberg** am 24. Mai feiern können. Der in Iglau/Jihlava geborene Schriftsteller (gestorben am 23. 6. 1957) trat mit 19 Jahren in die KP der ČSR ein, war Mitarbeiter solcher Zeitschriften wie „Internationale Literatur“, „Der Gegenangriff“, „Linksfront“, „Rote Fahne“ (Prag) und „AIZ“. 1932-36 Leiter der Agitpropgruppe „Echo von links“ und 1936/37 der Truppe „Neues Leben“; 1939 Verhaftung; 1940-46 Exil; 1946-49 Leiter der Abteilung für kulturelle Beziehungen zu den deutschsprachigen Ländern im Prager Informationsministerium; 1949-52 Erster Botschaftsrat der ČSR in der DDR; 1954 Übersiedlung nach Weimar, Mitbegründer und -herausgeber der „Weimarer Beiträge“ und der „Bibliothek deutscher Klassiker“. Das Werk Fürnbergs ist ein markanter Beitrag zur sozialistischen deutschen Literatur.

□ Vor 50 Jahren, am 29. 5. 1949, wurde die **Nationale Front der DDR** gegründet. Sie ging aus der Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden hervor und war die umfassendste Form des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und anderen Werktätigen. Sie war Träger der Wahlen zur Volkskammer und zu den örtlichen Volksvertretungen. Auf territorialer Ebene bestanden Bezirks-, Kreis-, Orts- und Wohngebietsausschüsse. In 19100 Ausschüssen arbeiteten 388000 Bürger ehrenamtlich. Leitungsgremien waren der Nationalrat und sein Präsidium.

□ Dieter Süverkrüp, einer der wichtigsten politischen Liedermacher Westdeutschlands, feiert am 30. Mai seinen 65. Geburtstag. Nachdem wir uns bereits im RotFuchs Nr. 8 und Nr. 9 mit Süverkrüp und seinem „Baggerführer Willibald“ beschäftigt haben, heute Verse aus seinem immer noch aktuellen „Schlußchoral“:

Da sang ich nun beflissen meine Lieder,
ihr hörtet sie vielleicht beflissen an.
Zum guten Ende sind wir darin einig:
daß ein Gesang die Welt nicht ändern kann.

Es ist ein Pech und muß wohl daran liegen,
daß unsre Herrn nicht musikalisch sind.
Man kommt mit seinen ärgsten Melodien –
sie denken immer nur, es ist der Wind.

Was allzu groß ist, tanzt nicht nach Musike.
Was mächtig ist, gehorcht uns nicht aufs Wort.

Wir müssen noch auf andre Mittel sinnen,
sonst kriegen wir die Herrschaft nicht mehr fort.

□ Er ist der bedeutendste demokratische und humanistische Dichter, den die nordamerikanische Literatur hervorgebracht hat; seine Einstellung zum Menschen und zur Arbeit und seine Gesinnung wurden beispielhaft für Generationen bürgerlich-progressiver und proletarisch-revolutionärer Dichter; er beeinflusste nordamerikanische Lyriker wie C. Sandburg, E. L. Masters, W. Lowenfels und A. Ginsberg und hervorragende sozialistische Dichter (W. Majakowski, J.R. Becher, N. Hikmet, P. Eluard, G. Lorca, G. Guillén, P. Neruda): Wir gedenken des 180. Geburtstages von **Walt Whitman** (geboren am 31. 5. 1819 in West Hills). In seinem 1860 geschriebenen Gedicht „Leb wohl!“ heißt es: „Ich verkünde natürliche Menschen, die kommen werden. Ich verkünde Triumph der Gerechtigkeit. Ich verkünde unbestechliche Freiheit und Gleichheit ... Ich verkünde die große Persönlichkeit, strömend wie die Natur, keusch, zärtlich, mitfühlend, gegen alles gewaffnet. Ich verkünde ein Leben, das völlig sein wird, leidenschaftlich, geistig kühn.“

W. M.

JEDER TRAUM

Jeder Traum, an den ich mich verschwendet,
jeder Kampf, wo ich mich nicht geschont,
jeder Sonnenstrahl, der mich geblendet –
alles hat am Ende sich gelohnt.

Jedes Feuer, das mein Herz gefangen,
jede Sorge, die mein Herz beschlich – –
war's oft schwer, so ist's ja doch gegangen.
Narben blieben, doch es lohnte sich.

Unser Leben ist nicht leicht zu tragen.
Nur wer fest sein Herz in Händen hält,
hat die Kraft, zum Leben Ja zu sagen
und zum Kampf für eine neue Welt.

Jeder Tag ist in mein Herz geschlossen,
der auch mich zu diesem Dienst beschied.
Was ich singe, sing ich den Genossen,
ihre Träume gehen durch mein Lied.

Louis Fünberg

Korrespondenz aus Athen

Griechenlands KKE steht zu Jugoslawien

„Zum ersten Mal seit Oktober 1940 (als Mussolinis italienische Faschistenruppen Hellas überfielen - d.V.) ist das griechische Volk absolut einig in der Verurteilung dieser unmenschlichen Metzerei durch eine Organisation (die NATO - d.V.), von der angenommen wird, daß sie den Frieden und die menschlichen Werte verteidigt.“

Das sind die Worte des griechischen Luftwaffengenerals a.D. Nikos Kouris, der Staatssekretär im Verteidigungsministerium unter dem verstorbenen Andreas Papandreou war. Selbst wenn die superlative Ausdrucksform des Militärs und Politikers vielleicht etwas übertrieben erscheinen mag, trifft seine Feststellung zur Haltung des griechischen Volkes in Bezug auf den imperialistischen Aggressionskrieg gegen Jugoslawien zu.

„Die KKE (Kommunistische Partei Griechenlands - d.V.) ist stolz, daß die überwiegende Mehrheit der Griechen einereife, würdige, kämpferische, kraftvolle Haltung gegenüber den amerikanischen und europäischen Imperialisten sowie einen wahren Geist der Solidarität und des Beistandes gegenüber dem serbischen Volk und dem albanischen Volk, das in den Grenzen der Föderativen Republik Jugoslawien lebt, gezeigt hat.“ Diese Feststellung traf die Generalsekretärin der KKE, Aleka Papatrifa, am 24. April bei einer Rundreise durch die mittelgriechische Region Thessalien.

Inner- und außerhalb Griechenlands gibt es nicht wenige, die meinen, unsere Solidarität mit dem serbischen Volk rühre daher, daß Griechen und Serben überwiegend der orthodoxen Kirche angehören. Sie verweisen auch auf die gemeinsame jahrhundertewährende Geschichte des Kampfes gegen das beide Völker unterdrückende Osmanische Reich. Und vor allem erinnern sie an den Widerstand gegen die faschistische Okkupation Griechenlands und Jugoslawiens durch die Hitlerschen Mordbanden.

Mögen alle diese Gründe oder einige davon für die tatkräftige Sympathie der Griechen zum leidgeprüften jugoslawischen Volk mit ausschlaggebend sein. Was aber wäre gewesen, wenn die KKE - eine Partei, die unbeirrt und unbeeinflusst von den Sirengesängen des Reformismus und ausgerüstet mit dem verlässlichen Kompaß der Lehre des Marxismus-Leninismus ihren Weg geht - die griechische Arbeiterklasse, unser werktätiges Volk in all diesen Jahren nicht unablässig auf die Gefahren des kriegslüsternden Imperialismus hingewiesen hätte? Als alle anderen Parteien Griechenlands, einschließlich der sogenannten linken Erneuerer, die Wahl Clintons zum Präsidenten der USA als großen Sieg der Demokratie feierten, warnten die Kommunisten vor Illusionen. Nur einen Tag nach der Wahl - am 5. November 1992 - erklärte Aleka Papatrifa: „Im Weißen Haus ist ein Personenwechsel vorgenommen worden. Einen Richtungswechsel in der Politik wird es nicht geben. Bill Clinton hat während des Wahlkampfes deklariert, daß er eine entschiedene Politik gegenüber Serbien und dem Balkan im allgemeinen verfolgen wird. Für uns bedeutet dies sehr viel. Sogar eine Vorbereitung auf militärische Aggressionen.“

Am gleichen Tage hatte „Rizospastis“ - das Organ des ZK der KKE - ebenfalls vor Selbsttäuschung gewarnt: „Leider deutet alles darauf hin, daß der nächste Akt in der Region des ehemaligen Jugoslawien gespielt wird. Hinsichtlich der Absichten der Nordamerikaner und der Ankündigungen des neuen Präsidenten gibt es keinen Raum für Illusionen. Von der USA-Politik können wir nur Leid erwarten.“ (Übrigens hat die KKE auf die gleiche Weiseden von anderen als „Chance für eine neue Politik“ betrachteten Wahlerfolg des deutschen Sozialdemokraten Schröder eingeschätzt.)

Sieben Jahre lang haben die griechischen Kommunisten seitdem das Volk ständig mit den Realitäten der imperialistischen Clinton-Politik konfrontiert und zur Verteidigung der nationalen Souveränität angespornt. Kann man es unter diesen Umständen dem Zufall zuschreiben, daß die überwiegende Mehrheit der Griechen schon vor dem ersten Bombenabwurf der NATO auf Jugoslawien auf der richtigen Seite des Kampfes gestanden hat? Auf der Seite des serbischen Volkes und gegen die Aggressoren.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem in Griechenland nicht zahlreiche parallele Demonstrationen und Solidaritätskonzerte stattfinden oder Hilfskonvois den Weg nach Jugoslawien nehmen. In diesem Geist erfolgte auch die Weigerung von drei Matrosen des Zerstörers „Themistokles“, der auf Befehl der sozialdemokratischen PASOK-Regierung unter Kostas Simitis in die Adria ausgelaufen ist, an Kampfhandlungen teilzunehmen. Sie sollen jetzt vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Es ist übrigens die doppelzüngige Politik der in Athen Regierenden sowie der bürgerlichen Parteien der Opposition, die den NATO-Terror einerseits in Worten bedauern, im anderen aber in der Praxis mit dem fadenscheinigen Argument unterstützen, unser Land sei schließlich Mitglied der NATO und der EU, was zwangsläufig nach sich ziehe, daß es deren Beschlüsse in die Tat umzusetzen habe. Dabei verschweigt die Regierung, daß sie diese Beschlüsse selbst mit unterschrieben hat.

Im Zusammenhang mit der Solidarität möchte ich die Haltung der Journalistenverbände Griechenlands erwähnen und das Auftreten der meisten Kriegskorrespondenten hervorheben. Erstere haben die Forderung der Internationalen Journalisten-Organisation in Brüssel zurückgewiesen, sie sollten nicht länger „einseitig“ für Jugoslawien Stellung beziehen. Und die Berichterstatter aus dem Frontgebiet bemühen sich, wahrheitsgemäß zu informieren und nicht Einpeitscher oder leichte Beute der NATO-Kriegspropaganda zu werden.

Höhepunkte der Solidaritätsbekundungen mit dem jugoslawischen Volk stellten der Besuch des KKE-Ehrenvorsitzenden Harilaos Florakis in Bdgrad, Pancovo und Novi Sad sowie dessen Gespräche mit Präsident Slobodan Milosevic dar. Nach dem Treffen erklärte Florakis vor Journalisten: „Wir haben Präsident Milosevic über die Politik der KKE im Hinblick auf den schmutzigen Krieg der Imperialisten der USA und der NATO und darüber informiert, daß das griechische Volk zu 98 Prozent gegen diesen Krieg ist. Wir berichteten ihm über die Losungen, unter denen die KKE kämpft: Kein griechischer Soldat außerhalb der Grenzen unseres Landes! Kein griechischer Hafen, keine Straße, kein Luftkorridor zur Verfügung der amerikanischen- und NATO-Imperialisten!“

Auf Fragen der Journalisten antwortete Florakis: „Ich habe einen optimistischen und entschiedenen Präsidenten angetroffen, der entschlossen ist, den Widerstand fortzusetzen. Präsident Milosevic hat dem griechischen Volk für dessen Unterstützung gedankt. Ernimmt Griechenland bei den im Rahmen einer politischen Lösung zu bestellenden Beobachtern nicht aus, obwohl es ein NATO-Land ist, und das will etwas heißen.“

In diesen Tagen und Wochen der Zerreißprobe, in Zeiten äußerster Gefahr für Jugoslawien und den Weltfrieden steht das griechische Volk fest an der Seite der serbischen Brüder. Es ist davon überzeugt, daß der Sieg letztlich den Völkern des Balkans und nicht den NATO-Imperialisten gehören wird.

Thanos Dimitriou, Athen

Reporterskizzen (13)

Ein Kilo Würfelzucker

In den Jahren 1948 und 1949 verbrachte ich den Sommer in der slowakischen Hohen Tatra. Damals besaß ich - neben der wiedererlangten deutschen Staatsangehörigkeit, die dann erst mit Gründung der DDR ihre volle Wirksamkeit erhalten sollte - noch einen dem Vater auch für mich ausgestellten Paß der CSR. Zugegebenermaßen eine etwas verwickelte Geschichte, die jedoch auf eine ganz einfache Tatsache zurückzuführen war: die 1935 erfolgte Zwangsausbürgerung durch Nazideutschland und die daraufhin begehrte und erwirkte Einbürgerung in einen Staat, dessen Papiere ein großer Teil der väterlichen Verwandten besaß. Ein schwacher und kurzlebiger Schutz nur für die im eigenen Land staatenlos Gewordenen, denn bald schon riß Hitlers Wehrmacht die Grenzpfähle nieder und schuf so das „Reichsprotectorat Böhmen und Mähren“.

1948 befand ich mich zunächst - einer Erkrankung wegen - drei Monate in einem Sanatorium in Tatranska Polianka. Dort saßen auch zwei andere Deutsche mit mir am Tisch: Der eine war Leo Bauer, damals KPD-Vorsitzender in Hessen; ein später enttarnter Agent des Westens, der dann als Brandt-Berater und Chefredakteur des theoretischen Organs der SPD Karriere machte. Der andere Mitpatient war Rudolf Herrnstadt, zu jener Zeit Chefredakteur der „Berliner Zeitung“; er sollte bald darauf - bis zu seinem Ausschluß aus dem Politbüro des ZK der SED - für eine Weile die Leitung des ND übernehmen.

1949 gewährte mir ein Ehepaar Gastfreundschaft, das in Horny Smokovec ein Erholungsheim für Auschwitz-Überlebende verwaltete. Kurt - der Mann - hatte in einer tschechoslowakischen Emigrantenbrigade der britischen Armee gegen Hitlers Afrika-Korps gekämpft. Grete, die junge Frau - eine begabte Grafikerin mit einem großen Freundeskreis unter Künstlern - war selbst im Lager gewesen. Dort hatte man ihren Säugling totgespritzt.

Bei meinen Gastgebern gingen viele interessante Leute aus und ein, deren oftmals illustre Namen mir allerdings damals nichts sagten. Ich war 16 Jahre alt und erst wenige Monate zuvor in die Partei aufgenommen worden.

Eines Tages kam der lebenswürdige Schriftsteller Mordechai Avi Shaul aus Tel Aviv für eine Woche zu Besuch. Zu jener Zeit war er noch voller Hoffnung, daß der junge jüdische Staat im Nahen Osten trotz der Grausamkeiten des Palästina-Krieges einen guten Weg finden werde; später stand Avi Shaul - nun ein berühmter Literat - in der ersten Reihe der israelisch-arabischen Friedensbewegung seines Landes.

Häufig sprachen meine Gastgeber von einem offenbar legendären Genossen - einem engen Freund ihrer Familie - , der im Prager Informationsministerium eine wichtige Rolle

spiele, dort u.a. für die deutschen Sendungen des tschechoslowakischen Rundfunks verantwortlich zeichne und auch in dieser Sprache Bücher schreibe und Gedichte verfasse. Er habe schon an vielen Fronten gestanden und sei das, was man einen exemplarischen Kommunisten nenne. Eben erst war sein neuestes Werk herausgekommen. Es lag in Horny Smokovec - mit einer viel Wärme ausdrückenden Widmung von der Hand des Autors - auf dem Couchtisch. „Die Spanische Hochzeit“ las ich den Titel. „Wenn Du in Prag bist, mußt Du ihn unbedingt treffen. Es wird ihn bestimmt interessieren, was ein junger Deutscher heute denkt“, sagte Grete und gab mir vor der Abreise die Telefonnummer des „legendären Genossen“. Als ich bald darauf in der Stadt an der Moldau eintraf, rief ich ihn sofort im Rundfunk an. „Wunderbar, ich komme morgen nachmittag zu Dir ins Hotel Paß. Um drei. Gut?“ So waren wir also verabredet. Als es dann pünktlich bei mir klopfte, stand ein etwas erschöpft wirkender Mann von vierzig Jahren vor der Zimmertür. Ich hatte ihn mir älter vorgestellt. Louis Fürnberg - denn um ihn handelte es sich - bediente sich, wenn ich mich recht erinnere, eines Hörgeräts und trug eine mittelstarke Brille. Im Verlauf der Unterhaltung verschwand der Anflug von Müdigkeit aus seinen Augen. Er sprach leidenschaftlich und engagiert. Von ihm hörte ich zum ersten Mal, was schon kurz danach Wirklichkeit werden sollte. „Bald wird in Deutschland ein Oststaat gegründet werden. Dadurch entsteht eine völlig neue Konstellation, auch in den tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen“, sagte der künftige Diplomat in der DDR bestimmt. Während der zweistündigen Unterhaltung hörte Fürnberg aufmerksam zu, was ich ihm aus meiner noch recht bescheidenen Berliner Erfahrungswelt zu berichten wußte. Plötzlich entnahm er seiner Aktentasche eine bis an den Rand gefüllte Tüte. „Ein Kilo Würfelzucker. Ihr könnt es sicher gut gebrauchen“. Das war damals ein wertvolles Geschenk.

Bevor sich mein Besucher verabschiedete, riet er mir dringend, mich noch am selben Tag in ein anderes Prager Hotel zu begeben und dort eine „alte Freundin“, die gerade aus Palästina zurückgekehrt sei und nach Dresden weiterreisen wolle, zu begrüßen. „Es ist eine gute Kommunistin“, erklärte mir Louis Fürnberg. Sie und ihr Mann, der ihr nach langen Jahren der Trennung bis Prag entgegengekommen sei, hätten Schweres durchmachen müssen. „Beide sind Maler. Er kam ins KZ, ihr gelang die Flucht ins Ausland“. Ich folgte auch diesem Rat und begab mich in das kleine Hotel, dessen Lage mir Louis Fürnberg - der spätere Schöpfer des großartigen, von Schmähern und Kleingeistern nach 1989 böswillig fehlinterpretierten „Liedes von der Partei“ - beschrieben hatte. In dem win-

zigen, von zwei Betten fast ausgefüllten Zimmer traf ich auf Lea und Hans Grundig. Ihre Werke wurden dann zu einem Schatz der DDR-Kultur.

Die frühen Jahre der DDR, die nun folgten, kannten nur wenig „Protokoll und Etikette“, an denen unser Staat im letzten Abschnitt seines Bestehens fast erstickte. Die „Ideologie der verschiedenen Ebenen“, die Einteilung der politischen Welt in „kleine und große Genossen“ spielte damals noch keine Rolle. Neben planmäßiger und sorgfältig durchdachter Arbeit gab es in der Partei viel schöpferische Unrast, Spontaneität und Ursprünglichkeit. Kritisiert wurde allenthalben, oftmals auch ungerecht und überspitzt, jedenfalls aber ohne Ansehen der Person. Informationen erreichten ihre Adressaten meist ungefiltert und wurden sogar beachtet. Und vor allem: Jeder konnte mit jedem ungeniert umgehen. Es war ganz selbstverständlich, daß sich kein Genosse seiner Grundorganisation, die wirklich eine solche war, entzog.

Im Herbst 1949 - unmittelbar vor Gründung der DDR, deren Provisorischer Volkskammer mein Vater angehören sollte - übersiedelten wir von Westberlin an den Treptower Dammweg. In der kleinen, nach schweren Kriegszerstörungen wiederaufgebauten Flachdachsiedlung wohnten viele Genossen, die Verantwortung trugen. Partei- und Staatsfunktionäre. Hans Jendretzky und Willi Stoph waren darunter. Außerdem bekannte Widerstandskämpfer und namhafte Künstler wie Ruth Werner und Ernst Busch. Als Jugendvertreter gehörte ich der Leitung unserer Wohngruppe an. Natürlich war es kein Problem, in diesem Revier geeignete und aussagefähige Referenten zu finden. Aber auch ein Kulturprogramm am Beginn jeder größeren Versammlung war obligatorisch - ganz abgesehen davon, daß viel gesungen wurde und jemand, der nicht alle Texte und Melodien beherrschte, auffallen mußte. Eines Tages gingen wir zu Ernst Busch, der gerade am Text zu seinem berühmten „Ami, go home“-Lied saß, und baten ihn, in der nächsten Zusammenkunft der Parteigruppe aufzutreten. Er war sofort dazu bereit. Auch Harry Hindemith - einer der populärsten Schauspieler der jungen DDR - „gastierte“ wiederholt im Tiefpartererraum des Treptower Rathauses, wo unsere Versammlungen stattfanden.

Wenn ich dieses Mal bei den „Reporterskizzen“ von meinem Vorsatz abgewichen bin, Episoden aus meiner fast 25jährigen Tätigkeit beim ND zu erzählen, dann mir, um zu Ehren von Louis Fürnbergs Neunzigstem an stürmische und bewegte Jahre zu erinnern, die eine ganze Generation von Kommunisten geprägt haben.

Klaus Steiniger

Briefe an „RotFuchs“



Seit langem schon drängt es mich, Euch einige Zeilen kollegialer Hochachtung zuzusenden. Ich habe die Sache immer wieder vor mir hergeschoben - einerseits meines Gesundheitszustandes wegen, vor allem aber, weil Lob unter Zeitungsleuten im allgemeinen nicht üblich ist. Leider!!

(...)
Mit der journalistischen Bearbeitung des 25. Jahrestages der Portugiesischen Revolution habt Ihr ein wahres Meisterstück abgeliefert. Ich gratuliere Euch von ganzem Herzen dazu.

(...)
Eine sicher noch größere Leistung ist die regelmäßige Herausgabe des „RotFuchs“ mit allem Drumherum. Müßte ich eine Wahl treffen, welcher Beitrag mich jeden Monat am meisten anspricht, würde ich in arge Verlegenheit geraten. Mir fehlen die Steigerungsformen von Leistung für diese Arbeit.

Ich bin gegenwärtig bei fünf Ärztinnen in intensiver Betreuung. Obwohl jede eine Fachkraft erster Güte ist, vermag keine einen ähnlichen Erfolg auszulösen wie Onkel „RotFuchs“ mit seinem Elixier. Das gilt in vollem Maße auch für die Nr. 15.

Ernst-Otto Schwabe, Berlin

Der „RotFuchs“ dankt dem langjährigen Chefredakteur des „horizont“ für seinen warmherzigen und solidarischen Gruß. Er drückt ihm auf diesem Wege seine Verbundenheit aus und wünscht Genossen Schwabe eine maximale Stabilisierung seiner angegriffenen Gesundheit.

Nachdem ich bereits mehrmals von Euch den „RotFuchs“ erhalten habe, möchte ich mich dafür herzlich bedanken. Offensichtlich hat dies mein guter Freund Klaus Steiniger vermittelt. Ich freue mich sehr über die Verbindung zu Eurer Redaktion. Den „RotFuchs“ betrachte ich als Erweiterung und Bereicherung für mein Informationsbedürfnis.

Gegenwärtig erleben wir ja mit der medialen Luftherrschaft der NATO eine massive und erdrückende Lügenkampagne über den Krieg gegen Jugoslawien. Die Wahrheit - Kriegsverbrechen und Völkermord durch die NATO - soll dem Volk verdreht als Solidarität und Hilfe für Kosovo dargebracht werden. Allen voran wieder die Deutschen.

Mit diesem Mediendruck wurde ja auch die DDR aus den Angeln gehoben. Alles, was ich im „RotFuchs“ lese, gefällt mir und entspricht meiner Überzeugung. (...)

Seit vielen Jahren beziehe ich die UZ, habe ich gute persönliche Kontakte zu Mitgliedern der DKP. Ich war bis zuletzt 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg. Seit dem PDS-Sonderparteitag bin ich aus der Partei ausgeschlossen. Obwohl ich mich als 70-jähriger nicht mehr in einer Partei organisieren will, habe ich großes Interesse am politischen Geschehen. So bin ich Euch dankbar für den „RotFuchs“.

Herzliche Grüße
Johannes Chemnitzer, Neubrandenburg

Wir möchten uns hiermit herzlich für die wiederholte Zusendung des „RotFuchs“ bedanken - einer Publikation, die unserem Politikverständnis voll entspricht. Auch wir sind tief betroffen über die Politik der Bundesregierung, die sich an diesem verbrecherischen Angriffskrieg der NATO gegen Serbien aktiv beteiligt, welches wegen seiner innerstaatlichen Probleme sicher die friedliche Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft Europas und auch der UNO benötigt. (...)

Wir haben uns bisher an mehreren Antikriegsaktionen beteiligt und von Bundeskanzler Schröder als auch von Frau Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer die Einstellung der Bombenangriffe gefordert. (...)

Wir überweisen Ihnen auf Ihr Konto heute 60 DM und bitten Sie, den „RotFuchs“ auch an Genossin ... in ... zu übersenden.

Dr. Gerhard Scholz/Dr. Eva-Maria Scholz, Berlin

Liebe Genossen „RotFuchse“, herzlichen Glückwunsch uns allen zu dieser Zeitung. Seitdem ich sie im „Kleinen Buchladen“ in Freiberg ausleie und natürlich auch sonst überall die Werbetrömel rühre, wächst die Nachfrage in diesem Teil des Königreichs Sachsen ständig. Ein wichtiges Stück Gegenpol zu verbildenden, herrschenden Presse-„Vielfalt“ und dem nicht mehr zu ertragenden DLP-Fernsehen (d.h. Deutsches Lügen- und Primitiv-Fernsehen). Damit der „RotFuchs“ auch weiterhin Roten Pfeffer streuen kann, anbei 90 DM als kleine Prämie Entwicklungshilfe von

Dieter Rosenberg, Rose Goellner, D. Heinzig, Freiberg/Sa.

Die März Ausgabe des „RotFuchs“ war wieder Klasse. Der Artikel „Wir über uns“ vermittelte einen Einblick, wie die Zeitung in mühevoller Arbeit entsteht. Alle Achtung für das freiwillige Kollektiv des Fuchsbaus.

Ich freue mich schon auf die nächste Ausgabe. Mich bewegt der Angriffskrieg in Jugoslawien und sicher steht viel dazu drin.

Anbei eine kleine Spende von 20 DM

Gertrud Zimmermann, Berlin

Bei der 2. Parteivorstandstagung am 28./29.11.1998 wurde (erstmalig in der Geschichte der DKP!) das einleitende Referat der Berichterstatterin Bruni Steiniger mit 21:2:4 Stimmen abgelehnt. Diese Tagung war der Auslöser dafür, daß Genossin Steiniger, bis dahin stellvertretende Vorsitzende der DKP, am 1.12.98 ihren Rücktritt aus dem Parteivorstand erklärte. Soweit die Fakten.

Angesichts der Tatsachen, daß
* die NATO den souveränen Staat Jugoslawien seit über vier Wochen dauerbombardiert,
* die regierende SPD mit 80% Mehrheit zu einer Kriegspartei geworden ist,
* die mitregierende Partei Bündnis 90/Die Grünen einen Außenminister stellt, der maßgeblich und initiativ zu diesem Krieg beigetragen hat,

* der Spitzenkandidat der PDS A.Brie die begrüßens- und unterstützenswerte Haltung der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag aktiv untergräbt, (...)

sei es erlaubt, den eingangs benannten Vorgang nochmals einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Die Genossin Steiniger hatte (im November 98!) in ihrem Referat an die erste Stelle die Bombardierungen des Irak sowie die Gefahren für Jugoslawien gesetzt. Zitat:

„Bei den ‚Militärschlägen‘ spielen Menschenleben keine Rolle. Wie zynisch der USA-Imperialismus vorgeht, beweist allein die Tatsache, daß das Pentagon bei seinem schon befohlenen Angriff auf Irak 10 000 Opfer offiziell eingeplant hatte. Das zu Zeiten des sozialistischen Weltsystems und vor allem der UdSSR fixierte demokratische Völkerrecht, in dem das Aggressionsverbot, die nationale Souveränität und die territoriale Integrität der Staaten klar geregelt sind, ist de facto aufgehoben worden. Seit dem Untergang der UdSSR herrscht in der Welt eine permanente Kriegsgefahr, sind unzählige Konflikte ausgebrochen und in Szene gesetzt worden.“

Äußerst übel ist das weitgehende Festhalten (der neuen Bundesregierung, H.W.H.) an der Außen-, Sicherheits- und Rüstungspolitik der Kohl-Regierung. Ein besonders krasser Fall von „Kontinuität“: Scharping, der als SPD-Abgeordneter gegen den Bau des Euro-Fighters stimmte, zieht das Programm der Hardthöhe jetzt mit aller Konsequenz durch. Auch Fischer setzt Kinkels Politik mit wenig veränderten Akzenten um. (...) NATO-Treue und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland stehen auf seinem Programm. (...) In der ablehnenden Position der o.g. Mehrheit des DKP-Parteivorstandes heißt es u.a. „1. (...) Verkürzte Bewertungen von außenpolitischen Prozessen.“

3. Im Referat fand die (...) Debatte über die Einschätzung der neuen Regierung, über die Chancen und Möglichkeiten für eine neue Politik (...) keine Fortsetzung.“

Nun will ich weder der Genossin Bruni Steiniger seherische Fähigkeiten noch der Mehrheit des Parteivorstandes unterstellen, daß Genossin Bruni sowieso herausgedrängt werden sollte. Nur: Eine Entschuldigung wäre schon fällig!

Dieser Leserbrief wurde von mir auch der UZ zugesandt.

Heinz-W. Hammer, Essen

Habt recht vielen Dank für die regelmäßige Zusendung der guten Literatur „RotFuchs“. Ich lese die Zeitung gern, bringt sie doch ein bißchen Licht in den grauen Alltag hier im Knast (Der Verfasser des Briefes ist Generalleutnant a.D. der NVA - RF) Und das nicht nur für mich, auch ein Teil der Mitgefangenen zeigt Interesse. (...) Zum Thema Krieg in Jugoslawien werden wir Militärs oft gefragt. In der Argumentation helfen uns die Geschichte und auch die damalige Haltung der DDR. (...) Mit Sachlichkeit ist immer etwas zu erreichen. Ihr seht, selbst bei „Knackis“ wird politische Arbeit geleistet. Man duldet das. Denn uns wird man auch hier nicht

umerziehen können. Bisher hat es noch keiner der Beamten versucht.

Ihr kennt doch Herrn Schönbohm, ehemaliger General der Bundeswehr und Ex-Innensenator von Berlin. Zur Zeit kämpft er im Land Brandenburg darum, das Ansehen der CDU aufzubessern und Herrn Stolpe abzulösen. Dieser Mann, jetzt Vorsitzender der CDU in Brandenburg, hat mir geschrieben und gebeten, ihn in der „guten politischen Arbeit“ der CDU durch eine Geldspende zu unterstützen. Auch hätte ich die Möglichkeit, in die CDU einzutreten. Nachdem ich diese Unverschämtheiten gelesen hatte, habe ich ihm geantwortet, daß ich so viel Zynismus und Blödsinn von ihm nicht erwartet hätte. Seine Partei habe mich kriminalisiert und ins soziale Elend gestürzt. (Meine Prozeßrechnung beträgt 102.360 DM) (...)

Heinz Handke, JVA Hakenfelde

Lieber „RotFuchs“, er ist gut, daß es Dich gibt und anfänglich empfand ich es fast so, als wäre ich in die Familie zurückgekehrt, in meiner eigentlichen Heimat wieder angekommen. Es tut gut. Sauber recherchierte Beiträge, journalistisch guter Stil, wissenschaftliche Nachweisführung, keine grammatikalischen oder orthografischen Fehler.

Doch von Mal zu Mal nimmt der „RotFuchs“ eine mir zu einseitige Entwicklung bzw. inhaltliche Orientierung. Kaum ist der Briefumschlag geöffnet, die erste Seite aufgeschlagen, beginnt Euer Klagelied, Eure Negativbewertung in bezug auf alles, was die PDS auch nur ansatzweise tut. Sicher kann man unterschiedlicher Auffassung zu bestimmten Aktivitäten sein, z.B. der „Entschuldigungspolitik“ - jedoch solltet Ihr Eure ganze Kraft darauf konzentrieren, der einzigsten progressiven Partei, die auch noch sehr viele Wähler hinter sich vereint, und die für viele Menschen, besonders aus dem Osten, der Hoffnungsschimmer ist, zu helfen, sie zu unterstützen, wo es nur möglich ist. (...)

Richtet Euer Tun bitte jetzt auf die Kriegspolitik der SPD aus. Öffnet den Menschen die Augen über den Kriegs- und Machtkanzler Schröder und den machtbesessenen Kriegsminister Scharping, über Januskopf Fischer. (...) Zeigt die Gefährlichkeit der SPD aus historischer Sicht auf, macht Eure Leser auf Zusammenhänge aufmerksam und gebt ihnen Argumente zum Nachdenken und Handeln. (...) Ich bin nicht Mitglied der PDS, jedoch insgesamt ein kommunistisch sympathisierender Mensch. Anbei 20 Mark.

Brigitte Kloß, Berlin

Die zugesandten zwei „RotFuchse“ habe ich mit Freude gelesen und inzwischen den ungarischen Genossen übersandt. (...) Die Zeitung hat übrigens in Ungarn bereits ein gutes Echo gefunden. Die agitatorische Schärfe vieler Artikel im „RotFuchs“ ist gewollt, berechtigt und von mir akzeptiert. Nach meinen ersten, zugegebenermaßen noch flüchtigen Eindrücken fehlt dem „RotFuchs“ etwas, was die gelegentlich erscheinende Zeitung der wiedergegründeten USAP „Munkásjövő“ („Arbeiterzukunft“) hat - ein sehr guter Literaturteil. Ich würde regelmäßig Gedichte und kleine Geschichten bringen.

Eberhard Kornagel, Leipzig

(...) Im übrigen scheint es mir wichtig zu sein, darauf hinzuweisen, daß PDS, DKP und der Verein der Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals es nicht mehr für nötig erachten, in Berlin eine Veranstaltung durchzuführen, und zwar im - Gott sei Dank - noch immer so heißen Thälmann-Park am Thälmann-Denkmal. Viele - so auch ich - kamen immer zu Kundgebungen in den Thälmann-Park; bis nach Ziegenhals ist es zu aufwendig und zu teuer.

Vielleicht sollten wir uns ein Vorbild an den Hamburger Genossen und Freunden nehmen, die Kundgebungen und wissenschaftliche Veranstaltungen in der Thälmannstraße durchführen.

Gernot Bandur, Berlin

Nach zig Jahren der Arbeitslosigkeit in diesem Saftladen BRD habe ich endlich wieder einen Job gefunden. Zuerst bekommt der „RotFuchs“ sein ihm zustehendes „Futter“ in Form einer kleinen Spende. Jetzt wünsche ich mir nur noch Frieden in Jugoslawien und uns allen eine ständig kämpfende und ruhelose DKP. Das wäre für mich eine Würdigung des bevorstehenden 50. Gründungstages der DDR, die wieder mal besonders madig gemacht wird. Bloß gut, daß wir Kommunisten ein dickes Fell haben, wie auch unser „RotFuchslein“.

Rolf Weinhold, Hoyerswerda

Ich bedanke mich für die Übersendung des „RotFuchs“ und füge zur Begleichung der Unkosten eine kleine Briefmarkenspende bei.

Dr. Manfred Pritzens, Berlin

Der Beitrag des Genossen Walter Florath „Zum Beispiel Bandera“ veranlaßt mich zu einer kurzen Ergänzung:

Seit dem Ende der 40er Jahre bildeten CIA und CIC aus geflohenen ukrainischen Kollaborateuren und anderen der Roten Armee entkommenen Banditen in Camps auf dem Boden der BRD antisowjetische Terror- und Spionagegruppen. Sie wurden von den USA-Diensten und der U.S. Army kontrolliert. Eine dieser Banden war die von Stefan Bandera nach seiner Flucht geführte „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN). Die US-Schirmherren befürchteten eine Infiltration solcher Gruppen durch sowjetische Tschekisten und begannen mit „Verhöraktionen“. Auf diese Weise als angebliche Kommunisten enttarnte Männer und Frauen - in der Regel „harmlose“ Antikommunisten - wurden unter CIA-Kontrolle ermordet und zum Teil - so im Camp Schleissheim/Bayern - in Brotöfen verbrannt. Der „Operation“, die den Decknamen „Ohio“ trug, fielen mindestens 100 Menschen zum Opfer.

„Ohio“ diente der CIA im folgenden Jahrzehnt als Vorbild für das berühmte Mordprogramm „Phoenix“ in Südostasien. Es stand unter der Leitung des späteren CIA-Direktors William Colby, der sich dazu im „Spiegel“ unverblümt geäußert hat. Durch

„Phoenix“ sollten die Kader der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams „neutralisiert“ werden. Im Rahmen des „Programms“, an dem auch CIA-Agenten mit „Ohio“-Erfahrung beteiligt waren, wurden über 20 000 Vietnamesen ermordet.

Stefan Bandera nutzte die CIA-Protektion übrigens nichts. Das gerechte Urteil des sowjetischen Gerichts gegen den faschistischen Massenmörder und Verräter wurde 1959 in seinem Münchener Schlupfwinkel durch einen Tschekisten vollstreckt.

Werner Hoppe, Hamburg

Für die Zusendung der letzten Ausgaben des „RotFuchs“ ein großes Dankeschön. Beim Lesen oder besser Studieren Eurer inhaltsreichen Beiträge gewinne ich Erkenntnisse von der Richtigkeit unserer Sache. (...)

Als kleinen Dank einen Unkostenbeitrag von 20 DM.

Eberhard Post, Berlin

Mal wieder ein paar Informationen „im Zeichen des RotFuchses“. Wir hatten zur Vorbereitung unserer Kommunalwahl (13.6.) Ende April ein Forum organisiert. Die PDS-Bundestagsabgeordnete Heidemarie Ehlernt machte auf unseren Wunsch einen Arbeitsbesuch in Zörbig. Alles klappte prima. Ich hatte den „RotFuchs“ noch nicht ganz gelesen, jedoch eine Auswahl von drei Artikeln gegen den erbarmungslosen Krieg in Jugoslawien getroffen. Allen Gästen - und wir hatten eine gutbesuchte Versammlung - drückte ich die kleine Auswahl in die Hand. Jeder griff zu. Es blieb nichts liegen. Mancher Genosse ging sogar leer aus. Trotz Optimismus, ich hatte zu wenig Ablichtungen!

Anbei 20 Briefmarken. Sie kommen diesmal aus der „schwarzen Kasse“.

Wir freuen uns auf den nächsten „RotFuchs“.

Brigitte Marx, Zörbig

Vielen Dank für den „RotFuchs“, den wir jetzt mehr denn je brauchen und inhaltlich verbreiten müssen gegen gleichgeschaltete, einseitige und einfältige kapitalistische Mediendesigner.

Nach unserer Teilnahme an der Anti-Kriegsdemonstration vom 8. Mai (selbstverständlich unter den Fahnen der DKP) senden wir als Zeichen unserer kämpferischen Solidarität wieder einen kleinen „Parteibeitrag“ in Höhe von 30 DM zu Eurer Verfügung.

Alfred und Anny Wagner, Berlin - Prenzlauer Berg

Seit einem Vierteljahr erhalte ich von Euch den „RotFuchs“. Für mich sind die Beiträge zu den verschiedensten Themen der Politik eine echte Bereicherung meines Wissens und eine weitere Möglichkeit, eigene Standpunkte auf Objektivität zu überprüfen. So ist u. a. der Beitrag Karl Eduard v. Schnitzlers „So

wahr mir Gott helfe“ im letzten „RotFuchs“ besonders wertvoll. (...) Für mich als konsequenter Gegner des NATO-Krieges in Jugoslawien werden in diesem Artikel meine Gedanken bestätigt und vertieft. Im Kreis meiner Genossen und auch in vielen Gesprächen mit Bürgern ist eine fundierte Argumentation von besonderer Bedeutung. (...) Im übrigen erinnerte ich mich unlängst an einen früheren Hinweis des Genossen Schnitzler: Wenn man in den elektronischen Medien einigermaßen die Wahrheit erfahren will, muß man am späten Abend den Fernseher einschalten. Tasächlich kommen dann auch kritische und warnende Stimmen zu Wort. So wird man zwangsläufig zum „Nachtgucker“, um Wahrheiten aus Halbwahrheiten und Lügen in den bürgerlichen Massenmedien herauszufiltern.

Anbei 10 Briefmarken. Alles Gute für das Redaktionskollektiv und macht weiter so.

Henry Schönherr, Torgau

Liebe Genossen, ich möchte Eure Zeitung zum frühestmöglichen Zeitpunkt abonnieren. Bitte schickt mir den Bestellschein.

Mit roten Grüßen

Max Renkl, Berlin

Herzlichen Dank für die letzte Nummer vom „RotFuchs“. Es war eine Freude, die Beiträge zu lesen. Sie bringen in diesen schweren Tagen des Krieges Mut und Kraft. Besonders die Artikel „Über revolutionäre Wachsamkeit“ und „Ein Amerikaner in Bonn“ finden meine volle Zustimmung. (...) Auch in Chrimmitschau und Werdau haben die Genossen gegen den Angriffskrieg der NATO ihren Protest erhoben. (...) Viele stimmen jetzt mit uns PDS-Mitgliedern überein und suchen den Dialog (...) Ich freue mich schon auf die nächste „RotFuchs“-Nummer.

Mit kommunistischen Grüßen

Günter Bauch, Fraureuth

In einer Welt des Chauvinismus, der Dummheit und der Gewalt ist Eure Zeitschrift ein Stern der Hoffnung. (...)

Nun führen wir wieder Krieg gegen ein kleines, wehrloses Serbien - schrecklich! Viele der Menschen, mit denen ich spreche, scheinen zynisch, opportunistisch oder verzweifelt. Die Korruption, das Elend, die Lüge, die Bosheit und die Heuchelei lassen mich oft bitteren Anstoß an der Gegenwart nehmen. (...) Noch ein paar Schritte auf den Abgrund zu, und wir stürzen hinein. Kopfüber. (...) Nirgends steht geschrieben, daß der nun beginnende Abschnitt zur total-finalen Katastrophe führen muß. Aber wir haben den Punkt erreicht, von dem aus nur noch ein Schritt möglich ist: Zum allgemeinen Verderb oder zur Rettung der Menschheit. Jeder von uns ist mitverantwortlich für die Wahl. Im Zeichen des Entweder-Oder gibt es keine Neutralität.

Anbei 10 Mark. Bitte sendet mir unbedingt den „RotFuchs“ weiter zu.

Eure Verehrerin und Anhängerin

Ruth Kolb, Berlin

Auf der 3. Tagung des Parteivorstandes der DKP am 28./29. November 1998 wurde auch zur Bildungsarbeit Stellung genommen. Sowohl in den einleitenden Gedanken von Nina Hager als auch im Beschluß selbst ist der Leninismus mit keiner Silbe erwähnt worden.

Der Beschluß beginnt mit den Worten: „Die DKP wird sich auch künftig als kommunistische Partei nur entwickeln, wenn ihre Mitglieder sich systematisch mit Grundfragen des Marxismus ... auseinandersetzen“. Im Beschluß werden dann fünf Hauptaufgaben genannt, die bei der Entwicklung der Bildungsarbeit 1999 „im Vordergrund stehen“ sollen. Auch hier ist nichts gesagt über die Einheit der Lehre von Marx, Engels und Lenin. Im Beschluß über das Fernstudium 1999 die gleiche Situation. Offenbar gibt es Genossinnen oder Genossen in unserer Partei, die die wissenschaftliche Lehre Lenins nicht für eine eigenständige Weiterentwicklung des Marxismus unter den Bedingungen des Imperialismus halten! Sie sollen sogar behaupten, der Leninismus sei historisch überlebt.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Es geht mir natürlich nicht darum, wie oft in unseren Parteibeschlüssen das Wort Leninismus auftaucht! Es kommt nach meiner Meinung vielmehr darauf an, wie wir den Leninismus schöpferisch in den aktuellen politischen Kampf einbeziehen.

Mir ist aus meiner Korrespondenz mit westdeutschen Genossen bekannt, daß die DKP aus bestimmten Gründen den korrekten Terminus „Marxismus-Leninismus“ seit 1968 nicht verwendet, sondern ganz allgemein den Begriff „Lehren von Marx, Engels und Lenin“ benutzt. Doch auch davon ist weder im Beschluß zur Bildungsarbeit noch in der Information zum Fernstudium die Rede. Was sind die Ursachen dafür?

Karl Hertel, Dessau

Mit uns marschierte ein guter alter Bekannter aus dem Berliner Glühlampenwerk, der den „RotFuchs“ näher kennenlernen möchte. Er heißt ... und wohnt ... Die beigelegten Briefmarken sollen die Kosten für ein Probe-Abo decken.

Manfred Fischer, Berlin

Aus meiner Tagebucheintragung vom 18. April 1999:

„Ich frage mich: Ist es nur das Geld? Ist es das Abenteuer? Der Wunsch, zu töten? Sind sie es, die „unsere Jungs“ dazu treiben, freiwillig mitzumachen? Oder doch nur die Aussicht auf Auszeichnung, der bezahlte Job, mit High-Tech, profitabler, perfekter, sauberer als früher? Ein „sauberer“ Krieg? Nur „chirurgische Eingriffe“?

Wie wurden diese „Jungs“ zu dem, was sie heute sind?

Wir müssen - wohl oder übel - zur Kenntnis nehmen: Das Zielen und Schießen, die Reaktionsschnelligkeit kann man mit jedem x-beliebigen Computerspiel, in jeder Spielhalle oder zu Hause vor dem Fernseher erlernen. Gewöhnen kann man sich daran. Es gibt

keinen TV-Kanal, der an Actionszenen oder Horrorfilmen mit viel Blut und vielen Toten vorbeikommt.

Und nun stelle man sich einmal vor, man stehe auf einem Kirchturm oder Fernsehturm oder auf dem Eiffelturm. Besser noch: Man sitze 1 000 Meter hoch oder weit höher in einem Flugzeug: Die Menschen, die Gegenstände werden immer kleiner, irgendwann sind die Menschen nur noch ameisen groß. Es ist gar kein Problem mehr, sie zu zertrümmern. Und: Aus der Höhe, aus der die Aggressoren ihre todbringenden Hightech-Bomben abwerfen, aus der Entfernung, aus der die Raketen abgefeuert werden, erkennen die Schützen nicht, wie die Menschen aussehen, ob es Großmütter, Mütter, Kinder oder Soldaten sind. Und sie sehen nicht, was aus deren Augen spricht.

Günter Buschow, Schwerin

Genosse Buschow hat dem „RotFuchs“ einige Exemplare seines interessanten Buches „Ein ganz normales Leben in vier deutschen Staaten“ übersandt. Sie sind für eine Solidaritätsspende bei der Redaktion erhältlich. Wir danken dem Autor.

Nicht nur durch das SPD-MdB Hermann Scheer, sondern auch durch andere Quellen wurde die geheime Anlage zum „Vertrag“ von Rambouillet öffentlich bekannt, wonach die NATO die Jugoslawische Föderation durch maßlose Besatzungsbedingungen zur totalen Kapitulation zwingen wollte.

Zufällig habe ich in einem antiquarisch gekauften „Ploetz“ (Jahrbuch der Geschichte, 1926) die Bedingungen der sogenannten „Vorortverträge“ von Versailles (gegen Deutschland), St. Germain (gegen Österreich), Neuilly (gegen Ungarn) und Sèvres (gegen Bulgarien) nachgelesen. Dabei stellte sich heraus, daß alle diese Ansinnen trotz ihrer materiellen Maßlosigkeit weitaus „bescheidener“ waren, als das NATO-Diktat von Rambouillet, das keine jugoslawische Regierung, selbst wenn sie von Monarchisten gestellt worden wäre, hätte annehmen können. (...)

Was die NATO Belgrad zumutete, kann nur aus der Hybris erklärt werden, nunmehr einzige Weltmacht zu sein (USA und über ein Dutzend Domestiken).

Gerhard Moest, Leipzig

Der Warschauer Vertrag hat niemals - auch nicht zu Stalins Zeiten - Bomben auf Jugoslawien abwerfen lassen, als Belgrad seinerzeit „abdriftete“ und eine blockfreie Politik verfolgte. Aber die NATO tut das heute nach der (vorläufig) gelungenen Konterrevolution in den Ländern des Warschauer Vertrages. Hauptgrund ist die Weigerung Jugoslawiens, NATO-Truppen auf seinem Territorium stationieren zu lassen. Alles andere ist nur Vorwand!

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Liebe „RotFüchse“, weitermachen!

Dr. Ernst-Jürgen Landrock, Hoyerswerda

Herzliche Glückwünsche

Für einige unserer Genossinnen und Genossen hat sich das Karussell des Lebens einmal mehr gedreht. Herzlich gratulieren wir

**ANNEMARIE, BODO, IRENE
und MARIANNE**

zu ihren Geburtstagen und wünschen ihnen für das neue Lebensjahr starke Nerven und viel Mut!

Herzliche Genesungswünsche gehen an den verdienstvollen Organisator der Klassensolidarität mit politisch verfolgten DDR-Bürgern und anderen Antifaschisten

GENOSSEN KLAUS FESKE.

Wir wünschen Dir, lieber Klaus, nach der schweren Operation die baldige volle Wiederherstellung Deiner Gesundheit sowie Mut und Kraft für die kommenden Kämpfe!“

RotFuchs“ und DKP-Nordost

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (V.S.M.P.):

Dr. Klaus Steiniger
Teterower Ring 37
12619 Berlin
Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,
Eberhard Bock
Matthias Bublitz
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Sigmar Eßbach
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Arno Fleischer
Walter Florath
Katrin Hellwig
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Monika Kauf,
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf
Wolfgang Metzger
Frank Mühlefeldt
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
SHAHAR
Harry Schmitt
Karl-Eduard v. Schnitzler
Dr. Hartwig Strohschein
Dr. Hans-Günter Szalkiewicz
Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Wir laden alle Genossen, Freunde und Sympathisanten zur öffentlichen Veranstaltung der DKP-Gruppe Nordost am Dienstag, dem 29.Juni 1999, um 19 Uhr in das alte ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz ein

**Es spricht der Attaché der cubanischen Botschaft
Genosse Ismark Perez über das Thema: Gefahr für Cuba?**

Kommt Bischof Lehmann in die Hölle?

„Selig die Friedfertigen, denn sie werden Söhne Gottes genannt werden“, heißt es im Neuen Testament, genauer in Matthäus, Kap. 5, Vers 9. Jesus belehrt in der Bergpredigt seine Jünger. Auch in der heutigen Zeit sind gerade deren Verse für Menschen christlichen Glaubens ein ganz zentraler Punkt. Also sollte man doch annehmen, daß auch für führende „Funktionäre“ eine Signalwirkung aus den Worten der Predigt entsteht und sie sich bemühen, den Inhalt auf ihr eigenes Leben zu übertragen. Das ist leider nicht so! Karl Lehmann, der Vorsitzende der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz, bezeichnet die Soldaten, die im Krieg gegen Jugoslawien eingesetzt sind, als „Boten des Friedens“! Man muß sich das einmal praktisch vorstellen: Da jagt ein amerikanischer Pilot einen Marschflugkörper auf die Großstadt Belgrad, der nicht nur militärische Anlagen vernichtet, sondern auch unschuldige Menschen tötet - und ist nach Lehmanns Version nichts anderes als ein Friedensengel! Grausam! Aber das hatten wir schon öfter. Sowohl im ersten als auch im zweiten Weltkrieg gab es immer wieder Pfarrer und Pastoren, die es mit ihrem christlichen Glauben nicht so genau genommen haben. Da wurden dann schon mal Hitlers Bomben, Raketen und Kriegsschiffe gesegnet, den Soldaten wurde mit der Koppelschloßaufschrift „Gott mit uns“ richtig Mut zum Sterben gemacht!

Anstatt alle Möglichkeiten für eine friedliche Lösung des Kosovo-Konflikts auszuloten und als christliche Kirche eigene Initiativen zu ergreifen, hat Lehmann nichts besseres zu tun, als in das Hurra-Geschrei der Bundesregierung, der NATO und der Waffenherseller einzustimmen. Insbesondere nach dem katholischen Glauben mußte Lehmann für seine Einstellung, die letzten Endes auch gegen das Gebot „Du sollst nicht töten“ verstößt, in der Hölle braten.

Aber der schwarze Bischof hat noch eine kleine Chance. In der gleichen Bergpredigt heißt es nämlich in Vers 3: „Selig die Armen im Geiste, denn ihrer ist das Himmelreich“.

Aus: Die Rote Spindel“, Kreiszeitung der DKP Nordhorn, 17.4.1999

